

92

Nov./Dez. '01
16. Jahrgang
DM 3,00
ISSN: 1436-7823

Antifaz

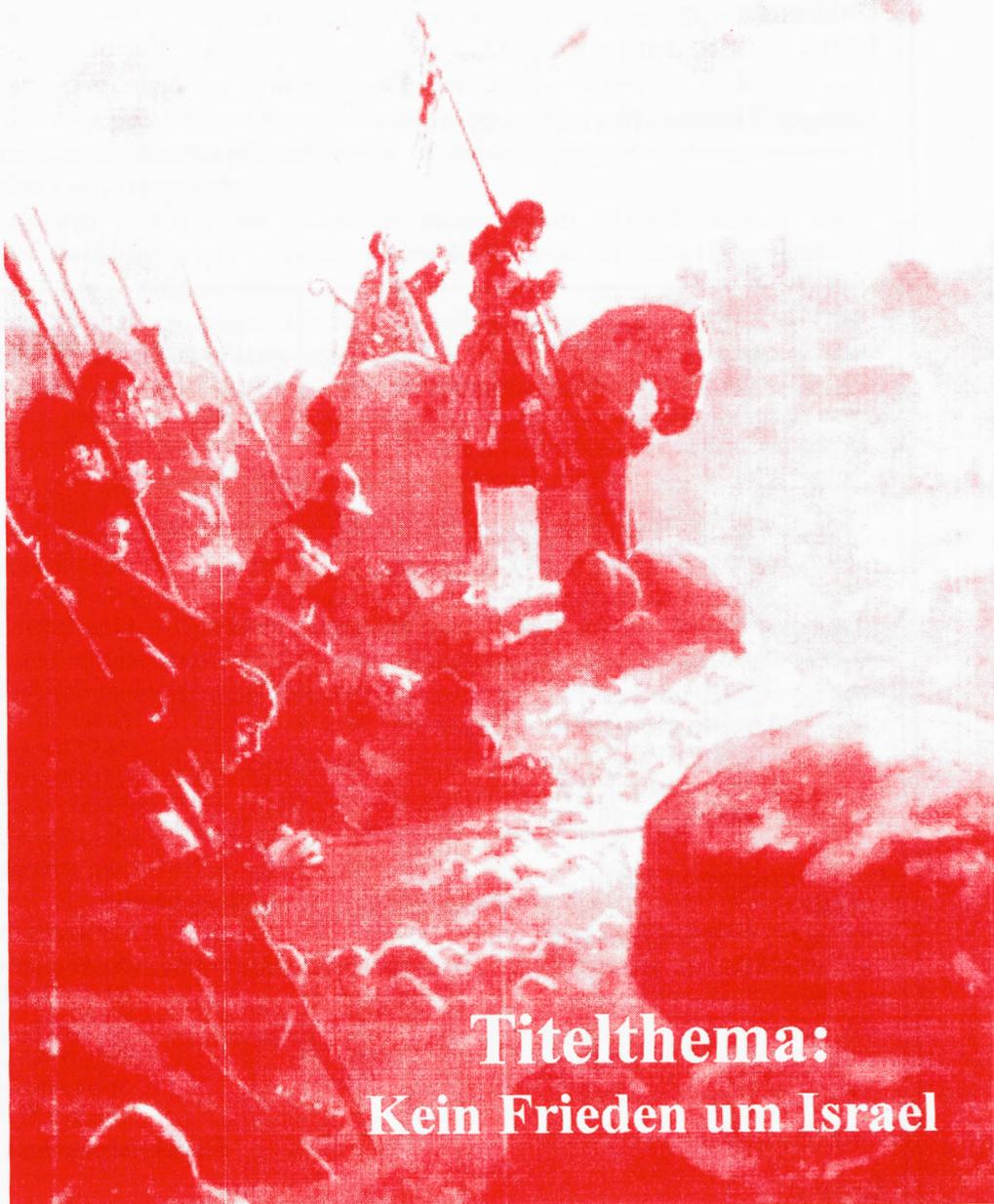
**Zeitung gegen Rassismus,
Faschismus und Imperialismus**

für Menschenrechte, Demokratie und Freiheit der Völker

Homepage: www.afb-bbz.de

Sonstige Themen:

- Woche gegen
Rassismus
- Dortmund: Gewalt-
spirale durchbrechen
- Nazis in NRW
- Erosion der Bürger-
rechte in den USA
- Die Kommune von
Peshawar 1930
- Das Gefängnisystem
der Türkei
- Meine Reise in
den Terror
- Was Moskau
befürchtet



**Titelthema:
Kein Frieden um Israel**

Inhaltsverzeichnis

Editorial	3
Berichte	
Woche gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt	8
Dortmunder Demonstration „ Gewaltspirale durchbrechen	11
Nächstes Mal in Bottrop	41
Analyse	
Kein Frieden um Israel	4
Erosion der Bürgerrechte in den USA	15
Die Kommune von Peshawar 1930	27
Das Gefängnisssystem der Türkei	29
Was Moskau befürchtet	31
Je mehr Analphabetismus, desto mehr Brutalität	39
Dokument	
Meine Reise in den Terror	36
Material: Fascho-Rock (Teil 2)	A-H

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile – und nur diese – dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnementsbedingungen:

Einzelabonnements/Jahr 27 DM
Förderabonnements/Jahr 30 DM

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM
5,5 cm	< 6 cm	< 60,-
5,5 cm	8-10 cm	60,-
10,5 cm	6-8 cm	75,-
5,5 cm	24 cm	120,-
7,7 cm	24 cm	150,-
16 cm	12 cm	150,-

Impressum

Die AntifaZ ist die Zeitschrift des AFB Ruhrgebiet. Sie erscheint alle 2 Monate. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von dem/der jeweiligen AutorIn verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
Oerweg 28
45657 Recklinghausen
Tel.: 02361/26345

ISSN: 1436-7823

Redaktionsanschrift:
Bert-Brecht-Zentrum
Herner Str. 43
45657 Recklinghausen

Tel.: 02361/901923
Fax: 02361/21686
eMail: afb-bbz@t-online.de
Internet: www.afb-bbz.de

Redaktionssitzung:
Mittwochs ab 19 Uhr

Abonnenten- und Anzeigenkonto:
BLZ: 430 500 01
Konto-Nr.: 334 010 27
(Stichwort „AntifaZ“)
Sparkasse Bochum
Inhaber: K. Dillmann

Redaktionsschluss Nr. 93: 28.12.2001

EDITORIAL

Am 16.11.2001 hat der deutsche Bundestag beschlossen, rund **3900 Soldaten** in einen **Kriegseinsatz** mit unbekanntem Ziel und unbekanntem Ort zu schicken. Die möglichen Einsatzorte umfassen neben Afghanistan fast den halben Globus. Diese Pauschalermächtigung – „Blankoscheck“ ist ein in der deutschen Militärgeschichte nicht ganz unbekannter Begriff – wurde in diesen Tagen ergänzt durch das **Urteil des Bundesverfassungsgerichts**, das der **NATO** mal eben höchstrichterlich zubilligte, an jedem Ort der Welt Krieg führen zu dürfen, wenn es deren „Sicherheitsinteressen“ nötig erscheinen lassen, und der Regierung erlaubte, **Kriegseinsätze zu beschließen**, ohne dass der Bundestag vorher darüber zu entscheiden hätte.

Damit ist der deutsche Imperialismus endlich da, wo er schon lange hin wollte: Ein durch Recht und Gesetz nicht mehr daran zu hindernder hungriger Haufen von Monopolkonzernen, der endlich auch überall in der Welt mit kriegerischen Mitteln seine Interessen durchzusetzen versucht. Dass eine Regierung unter Führung einer sozialdemokratischen Partei dem nichts Prinzipielles entgegenzusetzen hat, war spätestens seit 1914 klar, dass eine angeblich mal ‚alternative‘ Partei dem zustimmt, war von vielen trotz aller Erfahrungen mit dieser Partei in den vergangenen Jahren nicht so erwartet worden.

Zur Zeit geht der Krieg in seine zweite Phase, sprich, der Angriff auf den nächsten „Schurkenstaat“ wird propagandistisch vorbereitet.

Auch in Deutschland nimmt jedoch auch der **Widerstand gegen diesen Krieg** zu, so fanden am 17.11. in zahlreichen bundesdeutschen Städten **Friedensdemonstrationen** statt; **Klaus Dillmann** berichtet von der **Demonstration in Dortmund**, auf der ein führender Dortmunder Gewerkschafter vergeblich versuchte, den Krieg zu propagieren.

Über 20 000 **Exil-Afghaner** leben in NRW, mit einem von ihnen, **Azimi Najibullah** aus Lünen, sprachen wir im Rahmen der **Recklinghäuser „Woche gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt“** über die Lage in Afghanistan.

Durch ihre entschiedenen Stellungnahmen gegen den Krieg ist die Autorin des Romans „Der Gott der kleinen Leute“, die Inderin **Arundathy Roy**, in aller Welt noch bekannter geworden – wir drucken Auszüge aus der Rede, die sie anlässlich der Verleihung des Grand Prix 2001 der französischen Academie Universelles des Cultures am 12.11. in Paris gehalten hat, unter der Überschrift:

„**Meine Reise in den Terror**“.

Dass die Geschichte Afghanistans nicht nur aus blutigen Stammesfehden besteht, wie uns eine interessierte Propaganda glauben machen möchte, beweist ein Beitrag über die „**Kommune von Peshawar 1930**“, den wir mit freundlicher Genehmigung der Zeitschrift „**Graswurzelrevolution**“ nachdrucken.

Auf Interesse stoßen dürften auch zwei Artikel aus **LE MONDE diplomatique** aus den USA und aus Russland, welche die Entwicklung nach dem 11. September analysieren: **Nina Baschkatow** untersucht: „**Was Moskau befürchtet**“, und **Michael Ratner** beschreibt die „**Erosion der Bürgerrechte in den USA**“.

Da in den letzten Wochen der alltägliche **Staatsterror des Staates Israel** kaum noch ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt wird, haben wir den ersten Teil eines Beitrags von **Klaus Dillmann** über die **Entwicklung des jüdisch-palästinensischen Konflikts** an den Anfang dieser Ausgabe gestellt: „**Kein Frieden um Israel**“

Und auch der blutige Terror des türkischen Staates gegenüber den seit über einem Jahr hungerstreikenden politischen Gefangenen wird zur Zeit völlig ausgeblendet. **Salman Uzungelis**, stellvertretender Vorsitzender des **Internationalen Freundschaftsvereins**, schreibt über das „**Gefängnis-System der Türkei**“.

Was sonst noch in dieser Ausgabe steht, entnehmt Ihr dem Inhaltsverzeichnis.

Für die Redaktion

WT

KEIN FRIEDEN UM ISRAEL

Entstehung, Entwicklung und Tragweite des jüdisch-palästinensischen Konflikts

Teil 1

„Israel kämpft nicht erst seit 1982, 1976 oder 1967; seine Auseinandersetzung mit der arabischen Welt begann bereits 1897, als dezidierte Juden in Basel den I. Zionisten-Kongreß veranstalteten und dort die Forderung nach einem eigenen 'Judenstaat' (Theodor Herzl) in Palästina formulierten. Dieser 'Judenstaat' sollte nach dem Willen der jüdischen Nationalbewegung, des Zionismus, in einem Gebiet entstehen, aus dem die Juden vor 2000 Jahren z.T. durch die Römer vertrieben worden, z.T. freiwillig emigriert waren. Seither haben jüdische Denker, Dichter und Theologen von der Rückkehr in die Heimat geträumt; doch erst die Zionisten verliehen durch ihre energische diplomatische und kolonisatorische Arbeit diesem Wunsch auch Wirklichkeitscharakter.

So kamen denn schon Ende des 19. Jahrhunderts ... die ersten jüdischen Immigranten nach Palästina. Indessen war das Land während der 2000jährigen Abwesenheit der Juden nicht etwa leer geblieben, sondern inzwischen von einer arabischen Bevölkerung besiedelt und ökonomisch, politisch und kulturell arabisch geworden. Somit war der Konflikt, der die Welt seither beschäftigt, quasi vorprogrammiert.

Die Juden kolonisierten demnach in Palästina keine Wüste - wie viele von ihnen vorgaben und Israel noch heute aus propagandistischen Zwecken behauptet -, sondern eindeutig bewohntes Land. Der Zionismus mußte, um den Wunsch nach einem eigenen 'Judenstaat' in Palästina verwirklichen zu können, seine Ansprüche gegen die eingeborene arabische Bevölkerung durchsetzen.“ (Walter Hallstein, Kein Frieden um Israel - Zur Sozialgeschichte des Palästina-Konflikts, Berlin 1984, aus der Vorbemerkung)

Der Konflikt zwischen Juden und Palästinensern

(beide Bezeichnungen für die jeweiligen Bevölkerungsgruppen sind wegen der Frage, ob es sich jeweils um Völker mit Anspruch auf Eigenstaatlichkeit handelt, stark umstritten) wird auch unter deutschen Linken wegen des - offensichtlich ein nüchternes, unvoreingenommenes Denken behindernden - „magischen Dreiecks Israel, Amerikas jüdische Lobby, Deutschlands historische Schuld“ (Adel S. Elias, Dieser Frieden heißt Krieg. Israel und Palästina - Die feindlichen Brüder, München 1997) höchst kontrovers behandelt, denn Linke, die sich der Sache der Palästinenser annehmen, sehen sich vielfach mit dem Vorwurf konfrontiert, in dasselbe Horn zu blasen wie alte und neue Nazis, und müssen sich gegen die Behauptung zur Wehr setzen, mehr oder weniger versteckt Antisemiten zu sein. Insbesondere im Lager der Autonomen, die bestrebt sind, sich deutlich von den Nazis abzusetzen, ist daher - genährt durch entsprechende Positionen in der Zeitschrift KONKRET - eine deutliche Partei-

nahme für den Staat Israel in den Vordergrund getreten.

Vor einigen Jahren sah es für die Weltöffentlichkeit noch so aus, als ob sich der Konflikt einer friedlichen Lösung näherte. Die beiden Verhandlungsführer (Jitzhak Rabin auf israelischer, Yassir Arafat auf palästinensischer Seite) wurden sogar mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Doch der durch die Osloer Gespräche eingeleitete Friedensprozeß ist in einer - man könnte sagen: vorprogrammierten - Sackgasse gelandet. Der für die Ermordung der palästinensischen Flüchtlinge in den Beiruter Lagern Sabra und Schatila 1982 durch die mit Israel damals verbündeten Milizen der libanesischen Falange militärisch hauptverantwortliche Politiker Ariel Scharon provozierte durch seinen Besuch auf dem Tempelberg (arabisch: Al Aqsa) von Jerusalem am 28.09.2000 handgreifliche Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der beiden Bevölkerungsgruppen (Juden und Palästinenser); es handelt sich um eines der von beiden Seiten beanspruchten Territorien, über dessen Zukunft noch nicht

entschieden ist und auf dem sich ein islamisches Gebetszentrum befindet, wo mithin besondere Vorsicht und Fingerspitzengefühl angesagt sind; zum Schutz dieses bei den Palästinensern bestgehaßten Mannes und seiner Bodyguards mußten sich die dort Betenden an diesem Tag verschärfte Sicherheitskontrollen durch israelisches Militär gefallen lassen; das ließ die Palästinenser besonders deutlich spüren, daß hier Israel das Sagen beansprucht, und schürte somit Unruhe; der „Falke“ Sharon hatte diese Situation herbeigeführt, um den Einigungsprozeß empfindlich zu stören; im Verlauf der sich daraus ergebenden „Schlacht um Jerusalem“ erschossen israelische Sicherheitskräfte vier Palästinenser und verletzten zahlreiche weitere schwer.

In mehreren Städten der Westbank setzten sich in den folgenden Tagen die Unruhen fort, und allein bis zum Jahresende waren rund 350 Tote (überwiegend Palästinenser) und rund 10.000 Verletzte zu beklagen. Der palästinensischen Autonomiebehörde entglitt dabei zunehmend die Kontrolle, israelisches Militär rückte auf palästinensisches Gebiet vor. Was dem Staat Israel wegen der Schwierigkeit, sie zu kontrollieren, besonders zu schaffen macht, ist die Tatsache, daß israelische Staatsangehörige palästinensischer Abstammung mehrheitlich mit der Intifada sympathisieren. (Sie bilden rund 18 % der israelischen Bevölkerung; in absoluten Zahlen sind das rund 720.000 Menschen, die auf israelischem Hoheitsgebiet wohnen; in der Knesset - dem israelischen Parlament - sind sie mit 6 von 120 Sitzen vertreten.)

Seit Ende September 2000 findet in den Gebieten, die angeblich der palästinensischen Autonomiebehörde unterstehen, der zweite, aufgrund des auslösenden Ereignisses auf dem Tempelberg als Aqsa-Intifada bezeichnete Palästinenseraufstand statt, bei dem Selbstmordattentäter der islamistischen palästinensischen Organisationen Hamas und Islamischer Jihad sowie die aus Arafats Al-Fatah-Bewegung hervorgegangenen Märtyrerbrigaden von Al-Aqsa einerseits, aggressive Siedlungspolitik und militärische Angriffe des Staates Israel andererseits für eine zunehmende Verschärfung sorgen. Dieser Konflikt wurde noch zugespitzt, als genau dieser Sharon, der als Verfechter der aggressiven Siedlungspolitik gilt, wenig später zum Ministerpräsidenten Israels ernannt wurde.

Der israelisch-palästinensische Konflikt spielt seit Jahrzehnten bei zahlreichen anderen Konflikten - so auch bei dem Terroranschlag in New York und Washington und dem Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen Afghanistan - eine gefährliche Schlüsselrolle.

Es sieht so aus, als könne ein deutscher Linker nur dann einen einigermaßen überzeugenden Standpunkt für die Sache der Palästinenser ein-

nehmen, wenn er sich auf israelische Linke als Gewährsleute stützen kann. Dabei schreit die ständige massive Verletzung der Menschenrechte und Einengung des Lebensraums, denen die palästinensische Bevölkerung ausgesetzt ist, geradezu zum Himmel: Der von rund 963.000 Palästinensern bewohnte, von israelischen Wehrdörfern (mit etwa 5.700 israelischen Siedlern) durchsetzte und von deren Verbindungsstraßen vielfach durchschnittene Teil des (insgesamt gerade mal 364 km² großen) Gazastreifens ist inzwischen zum dichtestbesiedelten Gebiet der Welt geworden, das zugleich wirtschaftlich von allen lebenswichtigen Ressourcen abgeschnitten worden ist. Dabei lebt auch heute noch der weitaus überwiegende Teil der etwa 6,5 Millionen Menschen zählenden palästinensischen Bevölkerung außerhalb Palästinas als zumeist unerwünschte Minderheit in den arabischen Nachbarstaaten in Flüchtlingslagern. Gründe genug, sich eingehender mit der Problematik auseinanderzusetzen und einen Standpunkt zu finden, der alle Seiten mit ihren jeweiligen Interessenlagen gebührend berücksichtigt und es nicht an der notwendigen Solidarität mit den Unterdrückten fehlen läßt.



Studentendemo in Ramallah

Foto: AP

Zur antiken jüdischen Geschichte in Palästina

Man kann sich auf den Standpunkt stellen, daß der Anspruch auf ein Territorium, das irgendwelche Vorfahren einer Gruppe von Menschen, die sich als ein von ihnen abstammendes Volk begreift, vor 2000 Jahren mal besiedelt haben, nach so langer Zeit, in der sich in eben diesem Gebiet seit Hunderten von Jahren eine andere Bevölkerung entwickelt hat, längst hinfällig geworden ist. Wo Ansprüche einer ethnischen Erstbesiedlung dennoch geltend gemacht werden - etwa im Konflikt zwischen Singhalesen und Tamilen in Sri Lanka oder bei der Auseinandersetzung zwischen Serben und Albanern um Kosovo - sind sie Keime von Kriegen, für die es eine alle Seiten befriedigende Lösung so lange nicht gibt, wie die Konfliktparteien auf ihren jeweiligen ethnozentristischen Positionen beharren. Das vergiftet notwen-



Gazastreifen: Ein Palästinenser mit seiner Tochter vor den Trümmern seines Hauses

Foto: SoZ

digerweise das Klima zwischen den Menschen, und sie können, solange jede der Parteien darauf beharrt, allein Recht zu haben und allein über die weitere Entwicklung des Territoriums bestimmen zu dürfen, nicht wirklich frei sein, da angesichts des daraus erwachsenden Hasses aufeinander jede der Bevölkerungsgruppen notgedrungen in Angst vor der jeweils anderen leben muß. „Ein Volk, das andere unterdrückt, kann sich nicht selbst emanzipieren.“ (Friedrich Engels)

Eine solche Emanzipation aber setzt offenbar ein Zerschlagen von gordischen Knoten in den Gehirnen der Beteiligten, ein Abstreifen von sich auf alte Geschichten und Mythen berufenden Ansprüchen und einen Neuanfang des Umgangs miteinander voraus, denn *„die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirn der Lebenden. Und wenn sie eben damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nie Dagewesenes zu schaffen, ... beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienst herauf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparole und Kostüm, um in dieser altherwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neue Weltgeschichtsszene aufzuführen.“* (Karl Marx, der 18. Brumaire des Louis Bonaparte)

Was nun ist der Alp, der auf den Gehirnen von Juden und Palästinensern in ihrem inzwischen in die Jahre gekommenen, aber trotz zahlloser Bemühungen um eine beide Seiten befriedigende Lösung an Heftigkeit sich weiter zuspitzenden

Konflikt um das Territorium zwischen Mittelmeer und Jordan lastet?

Beide Konfliktparteien berufen sich auf die Geschichte, und die Geschichte dieses Landes ist alt. Das Land Palästina (nennen wir es vorerst so, auch wenn diese Bezeichnung, die ihm durch die Machthaber des Römischen Reiches verliehen wurde, umstritten ist) gehört zu einer Region, in der sich die frühesten uns bekannten Hochkulturen entwickelt haben. Religiöse Traditionen und Lehren von Judentum, Christentum und Islam, die sich hier entwickelt haben, haben der Geschichte dieser Region ihren jeweiligen Stempel aufgedrückt.

Die früheste überlieferte Erwähnung „Israels“ steht in einer Inschrift des ägyptischen Pharaos **Merenptah** (1224-1204 v.u.Z.), d.h. etwa 25 Jahre nach dem Auszug israelitischer Stämme unter Moses aus Ägypten in das Land **Kanaan** (Palästina). Dort bildete sich nach Zusammenschluß mit dort bereits siedelnden Völkerschaften zunächst ein **Zwölfstämmeverbund** um ein zentral gelegenes Heiligtum heraus. Etwa gleichzeitig wurde die Küstenregion von den **Phönikern** (im Norden) und **Philistern** (im Süden) besiedelt. Die Phöniker (von etwa 1000 bis 774 die führende Handelsmacht im östlichen Mittelmeer) gründeten mehrere unter einem König stehende, aber politisch selbständige Stadtstaaten (Arados, Byblos, Berytos, **Sidon** und **Tyros**), auch die Philister gründeten mehrere Stadtstaaten (Asdod, **Askalon**, Ekron, **Gaza**, Gath) und schlossen sich zu

einem Stadtstaatenbund zusammen. In Gegenwehr dagegen entstanden in der Zeit zwischen 1200 und 1000 die beiden Königreiche Israel (im Norden mit einem Zugang zum Meer) und Juda (im Süden), die unter den Königen David (1006-966) und Salomon (966-926) zusammengeschlossen wurden, ehe sie wieder auseinanderbrachen. Dieses vereinigte Königreich umfaßte zum Zeitpunkt seiner größten territorialen Ausdehnung den Libanon, den gesamten Westen Syriens einschließlich der Hauptstadt Damaskus, das gesamte Gebiet des Königreichs Jordanien und den Nordwesten des heutigen Königreichs Saudi-Arabien und einen Teil der (nach längerer Besetzung durch Israel inzwischen wieder an Ägypten abgetretenen) Sinai-Halbinsel. Das ist insofern von Interesse, als es sich um das Gebiet handelt, das den Chowewe Zion (Zion-Liebenden) um Theodor Herzl als Maximalforderung für einen künftigen Erez Israel (Staat Israel) vorschwebte. Die Zionisten haben sich von diesem Maximalanspruch bis heute nicht abgegrenzt.

Das Königreich Israel wurde in den Jahren 727-722 von Assyrien erobert und ging damit zugrunde. Im Jahr 586 zerstörte Babylon unter seinem Großkönig Nebukadnezar den Tempel in Jerusalem und das Reich Juda. Die Juden traten den Weg in die knapp 50 Jahre dauernde „**babylonische Gefangenschaft**“ an.

Das babylonische Reich wurde 539 durch die Perser unter ihrem Großkönig Kurusch II. zerschlagen, die Juden kehrten aus der babylonischen Gefangenschaft nach Jerusalem zurück und begannen unter persischer Herrschaft mit dem Wiederaufbau ihres Tempels. Die Herrschaft der persischen **Achaimeniden-Dynastie** endete mit der Niederlage des Großkönigs Darjawsch III. im Jahre 333 bei Issos gegen den Makedonenkönig Alexander den Großen (356-323), der eine Tochter des persischen Großkönigs (Ruchsana) zur Frau nahm und eine Massenhochzeit zwischen Makedonen und Perserinnen organisierte, um beide Reiche miteinander zu verschmelzen.

Nach Alexanders Tod entstanden unter seinen uneinigen Nachfolgern die griechisch-makedonischen Diadochenreiche, wobei zunächst die von Alexandria in Ägypten aus regierenden **Ptolemäer**, später die von Antiochia in Syrien aus regierenden **Seleukiden** über Palästina bestimmten.

Als Klammer ihrer Herrschaft sollte die Verehrung des Zeus dienen. Für orthodoxe Juden war das eine Provokation.

Dagegen erhoben sich die Juden unter der Familie der **Makkabäer** bzw. Hasmonäer (in den Jahren 167-160), schüttelten den hellenistischen Religionszwang ab und setzten gegen die seleukidische Herrschaft eine auf die jüdische Religion

gestützte **Hohenpriesterherrschaft** durch, die zunächst von durch die Seleukiden eingesetzten, später aus der Familie der Hasmonäer stammenden Hohenpriestern angeführt wurde, später in ein hasmonäisches Fürstentum übergang und nach endgültiger Abschüttelung der Seleukidenherrschaft schließlich (ab 106) zur kurzzeitigen Wiederbelebung eines jüdischen Königreichs unter der hasmonäischen Dynastie führte.

Im Jahr 64 v.u.Z. eroberte der römische Feldherr **Gnaeus Pompejus** Jerusalem und gründete die römische **Provinz Judaea**, die formal als Königtum (unter den durch die Römer eingesetzten Herodianern) fortbestand. Die Römer ließen bei ihrer Herrschaft die jüdische Religion unangetastet.

(Unter römischer Herrschaft entwickelte sich auf dem Boden der jüdischen Religion das Christentum, das sich jedoch nicht darauf beschränkte, eine jüdische Sekte zu bleiben, sondern zunächst unter den aus zahlreichen Völkern stammenden Sklaven des römischen Reiches, später auch unter Freigelassenen, die das römische Bürgerrecht erhalten hatten, ausbreitete und im 5. Jahrhundert seines Bestehens mit dem militärischen Sieg des Kaisers **Konstantin** über seinen Konkurrenten Maxentius zur römischen Staatsreligion erhoben wurde.) 130 Jahre nach Beginn der römischen Herrschaft über Palästina, im Jahr 66 u.Z., brach der **1. jüdische Aufstand** gegen die Herrschaft der Römer aus, der im Jahr 70 unter Kaiser **Vespasian** niedergeschlagen wurde.

Der römische Feldherr Titus ließ damals den wiedererrichteten Tempel von Jerusalem zerstören, von dem nur noch die „**Klagemauer**“ erhalten blieb.

Dieser 4 Jahre währende Krieg ist in dem berühmten Werk des jüdischen Historikers **Flavius Josephus**, „*Geschichte des jüdischen Krieges*“, festgehalten worden.

Der 2. jüdische Aufstand unter Bar Kochba (= „Sternensohn“), der 132 begann, endete 135 mit der Niederschlagung durch den römischen Feldherrn Julius Severus.

Der damalige römische Kaiser Hadrian benannte danach die Stadt Jerusalem in Aelia Capitolina und die Provinz Judaea in Palaestina um. Die aufrührerischen Bewohner wurden zum überwiegenden Teil verbannt und über das gesamte Gebiet des damaligen römischen Reiches verteilt. Eine Minderheit des jüdischen Volkes blieb jedoch damals in Palästina wohnen, beanspruchte aber keinen eigenen Staat mehr.

Damit war die antike Geschichte eines auf Palästina als Siedlungsgebiet konzentrierten jüdischen Volkes, das dort Eigenstaatlichkeit beanspruchen konnte, abgeschlossen.

(Wird fortgesetzt.)



„Erkämpft das Menschenrecht“

WOCHE GEGEN RASSISMUS, FREMDENFEINDLICHKEIT UND RECHTE GEWALT

Vom 5. – 10. November fand in Recklinghausen zum fünften Mal die vom AFB organisierte Aktionswoche aus Anlass des Jahrestages der Pogromnacht statt.

Wie in jedem Jahr fand am 9.11. eine kurze Gedenkfeier am Mahnmal für die jüdischen Opfer des Faschismus statt, das sich in unmittelbarer Nähe des Platzes der ehemaligen Synagoge in Recklinghausen befindet.

Deutlich weniger Menschen als im vergangenen Jahr hörten die Wortbeiträge von Herrn Schwark, Vorsitzender der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, und von Bürgermeister Pantförder.

Beide brachten das Kunststück fertig, zur aktuellen Lage in unserm Land buchstäblich kein Wort zu sagen.

Schwark setzte in seinem Beitrag zwar einmal kurz dazu an, indem er ein „bloßes Gedenken“ als „Zeitverschwendung“ bezeichnete, bekam dann aber doch nicht die Kurve zu den brennenden Fragen von Terror und Krieg.

Zu erwähnen ist auch, dass in diesem Jahr allein der Antifaschistische Bund einen Kranz niederlegte, und dass außer einigen Freunden vom Internationalen Freundschaftsverein niemand aus dem linken Spektrum anwesend war (falls man von einem solchen in Recklinghausen überhaupt noch sprechen kann).

Gespräch mit afghanischem Exilpolitiker
Den Auftakt innerhalb der Woche bildete ein Gesprächsabend am 6.11. im Bert-Brecht-Zentrum mit Azimi Najibullah, einem afghanischen Oppositionellen im Exil, der zur Zeit der Regierung des später von den Taliban grausam ermordeten Präsidenten Na-

jibullah an führender Stelle beim ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans gearbeitet hatte. Azimi hat mit dem ebenfalls ermordeten Bruder Najibullahs in Kiew studiert und war mit ihm befreundet (die Namensgleichheit ist aber Zufall). Azimi wohnt zur Zeit in Lünen und arbeitet darauf hin, dass die in NRW lebenden Exil-Afghanen stärker an die Öffentlichkeit treten und ihre Stimme für eine demokratische Alternative in ihrem Heimatland erheben. Allein in NRW leben etwa 20 000 afghanische Flüchtlinge, die in ihrer großen Mehrheit weder mit dem Fundamentalismus der Taliban noch mit dem der sogenannten Nord-Allianz etwas zu tun haben wollen.

Wie er in seinem Beitrag ausführte, wird aber die Stimme der afghanischen demokratischen Kräfte in der Weltöffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen, stattdessen wiederholten die USA in Afghanistan ihre alten Fehler und gingen nach dem Motto „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ vor, indem sie die Nord-Allianz unterstützten und erneut an die Macht hievt. Er kritisierte zudem, dass die sogenannte weltweite Allianz gegen den Terrorismus einzig und allein die militärische „Lösung“ praktiziere, dage-

gen so gut wie keinerlei praktische Maßnahmen zur notwendigen Hilfe für die Millionen vom Hungertod bedrohten Flüchtlinge einleiteten. In den nächsten Tagen und Wochen müssen weltweit Initiativen zur Unterstützung des Flüchtlinge gestartet werden. Eine wirkliche Alternative zum Schreckens-



Kranz des AFB am 9.11.

Foto: AntifaZ

regime der Taliban könne nur eine demokratische Bewegung der afghanischen Völker darstellen – dagegen werden eine Regierung unter Führung Rabbanis und des Usbeken Dostam nur eine Variante des Taliban-Terrors bedeuten.

Es wurde vereinbart, weitere politische Kreise in NRW anzusprechen, um Anfang Dezember eine größere öffentliche Veranstaltung zu organisieren, auf der über die Zukunft Afghanistans diskutiert werden soll.

Podiumsdiskussion: Terror in Zeiten der Globalisierung

Den Höhepunkt der Woche stellte dann die Podiumsdiskussion zum Thema „Terror in Zeiten der Globalisierung – welche Ziele verfolgt der globale Krieg“ am 8.11. im Großen Saal des ev. Kirchenkreises Recklinghausen dar. Als Referenten waren anwesend Angela Klein, Redakteurin der sozialistischen Zeitung SoZ und Koordinatorin der Euro-Märsche, aus Köln sowie Dr. Bernd Drücke, bekannter Mitarbeiter der Zeitschrift „Graswurzelrevolution“, aus Münster.

Klein kritisierte zu Beginn ihre Beitrags das Motto der Veranstaltung: Zwar handele es sich ohne Zweifel um einen „globalen Krieg“, der in Afghanistan begonnen wurde, aber nicht „der Krieg“ verfolge bestimmte

Ziele, sondern die, die ihn führten, an erster Stelle die USA.

In diesem Krieg wurden die Kriegsgegner und die tatsächlichen Kriegsziele nicht benannt, stattdessen wird von einem weltweiten Krieg gegen „den Terrorismus“ gesprochen, wobei unter dieser vagen Formulierung letztlich jegliche Opposition gegenüber dem Hegemonieanspruch der USA verstanden werden kann. Es geht nicht um Afghanistan und nicht um Bin Laden, wobei ohne Zweifel die Ausschaltung Bin Ladens und seiner Organisation auch ein konkretes Kriegsziel ist. Hierbei müsse berücksichtigt werden, dass Bin Laden und seine Organisation mit den sozialen Interessen der Völker Afghanistans gar nichts zu tun haben, er aber in sozialer Demagogie, ähnlich wie westliche Neonazis, den Zorn der sozial Ausgebeuteten für sich zu nutzen verstand. In Wirklichkeit repräsentiert der Milliardär Bin Laden eine Gruppe, die den USA den uneingeschränkten Zugang zu den Ressourcen im arabischen und mittelasiatischen Raum streitig macht.

Die Ausschaltung dieser ‚Konkurrenz‘ ist aber nur ein Teilziel der ‚Kampagne‘, in der die USA einen großen Schritt voran kommen wollen in der Eroberung der Hegemonie über Zentralasien und der Ausdehnung ihres Einflusses auf die asiatischen Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Mit der Stationierung von US-Truppen in Usbekistan haben sie dabei schon ein wichtiges Ziel erreicht. Zur Zeit arbeiteten die Kriegsstrategen der USA an geeigneten Szenarien, um weitere militärische Aktionen gegen den Irak, Libyen, Somalia und Syrien vorzubereiten.

Bernd Drücke eröffnete seinen Beitrag mit dem Aufruf, der imperialistischen Globalisierung eine Globalisierung von unten, eine Internationale der Kriegsgegner entgegenzusetzen.

Zweifellos bedeutet der 11. September für die weltweite Bewegung gegen die imperialistische Globalisierung einen Rückschlag, aber nur zeitweilig. Es komme jetzt darauf an, in der Öffentlichkeit verstärkt dafür einzutreten, dem Krieg der USA seine Legitimation zu entziehen: Der Krieg tötet Tausende

von Unschuldigen – die Handvoll Terroristen werden kaum getroffen. Krieg zur Eroberung der Ressourcen ist Terror – egal ob Bin Laden oder George Bush ihn führt. Krieg ist generell zu ächten – er führt nicht zum Frieden, sondern nur zu anderen Formen der Unterdrückung.

Die USA sind weltweit der größte Terrorist – Vietnam, Chile, Irak und Jugoslawien dürfen nicht in Vergessenheit geraten.

Die USA will die gesamte übrige Welt unter ihr Diktat zwingen – die europäischen



B. Drücke und A. Klein

Foto: AntifaZ

Staaten müssen sich diesem Diktat verweigern.

Weltweiter Krieg und weltweiter Kampf um den uneingeschränkten Zugang zu den Ressourcen sind zwei Seiten einer Medaille – die Antiglobalisierungsbewegung hat diesen Zusammenhang erkannt und wendet sich gegen den Krieg.

Vor den Kasernen müssen Mahnwachen organisiert, die Soldaten müssen zur Desertion aufgerufen werden – keine deutschen Truppen nach Afghanistan!

„Graswurzelrevolution“ – Gruppen mobilisieren auch in den USA gegen den Krieg.

Der Krieg wird weltweit auch „nach innen“ geführt, denn hier wird letztlich entschieden, ob er fortgesetzt oder beendet wird: in allen Ländern der „Anti-Terrorismus-Koalition“ wurden und werden die demokratischen Freiheiten massiv eingeschränkt. Das richtet sich selbstverständlich nicht gegen „Terroristen“, sondern gegen die Kriegsgegner, gegen die Globalisierungsgegner, gegen Systemkritiker und Bürgerrechtler.

Zivile Lösungen müssen diskutiert werden,

dazu muss zuerst der Krieg beendet werden: Ein Schritt zur Lösung des ‚Terrorismus‘-Problems wäre, wenn die USA umgehend damit aufhörten, weltweit Waffen zu liefern, insbesondere an Pakistan. Erst die massive militärische Unterstützung der Taliban durch die USA im Kampf gegen den ‚Kommunismus‘ ermöglichte das Entstehen eines bewaffneten Terrors von Gruppen wie derjenigen Bin Ladens und anderer.

In den kommenden Wochen werden die Kriegsgegner weltweit ihre Aktionen verstärken, am 17. November finden bundesweit in verschiedenen Städten Demonstrationen gegen den Krieg statt (ein Bericht über die Demonstration in Dortmund findet sich in dieser Ausgabe, d. Red.).

Ein erfreulicher Aspekt dieses Abends war, dass unsere Zeitung in Zukunft den Kontakt zur Zeitschrift „Graswurzelrevolution“ verstärken wird. In dieser Ausgabe findet Ihr einen Artikel aus der „Graswurzelrevolution“ über die „Kommune von Peshawar 1930“ (sehr lesenswert!).

Dass die diesjährige Woche ganz im Zeichen des Afghanistankrieges stand, lag auf der Hand, doch zum Abschluss wurde auch ein brennendes Thema aufgegriffen, das zur Zeit fast in Vergessenheit geraten ist:

Der staatliche Terror in der Türkei

Am 10.11. fand ein langer Filmabend im BBZ statt, bei dem die Filme „Die Mauer“ von Yilmaz Güney und „Die Grenze“ von Gani Rüzgar-Savata gezeigt wurden.

Der Film „Die Grenze“ zeigt das Elend und die familiären Katastrophen, die unter Kurdinnen und Kurden im Grenzgebiet zwischen der Türkei und Syrien durch die Unterdrückung in beiden Staaten hervorgerufen werden.

Über den Film „Die Mauer“ und die aktuelle Situation der politischen Gefangenen in der Türkei berichtet Salman Uzungelis in seinem Beitrag in dieser Ausgabe.

Fazit: Diese Woche hat gezeigt, dass auch in Recklinghausen weiterhin Menschen bereit sind, gegen Faschismus und Krieg zu kämpfen.

Stephan W. Born (AFB)

Dortmunder Demonstration „Gewaltspirale durchbrechen“

Bei der Dortmunder Friedensdemonstration vom 17.11.2001 kam es zu einem Eklat. Einer der Redner auf der Abschlußkundgebung wurde ausgepiffen, Demonstrierende drehten ihm die Gerangel um die Redeschluß. In der Lokalmerkbar: Friedensfreuteln. Nicht einmal in den Gewaltspirale durchbregon, der heute wieder Schuß, der nach hinten monstration bezweckt,



The Germans to the Front

Lautsprecheranlage ab, bei dem nertribüne kam es zu einem Kurzpresse machte sich Häme beide griffen zu unfriedlichen Mit-eigenen Reihen können sie die chen. Um im militärischen Jar-en vogue ist, zu reden: Ein „losging“. Was war mit der De-wie kam es zu diesem Ergebnis?

Was ist der konkrete Hintergrund für diese wie auch für andere Friedensdemonstrationen?

Zum Zeitpunkt, als die Demonstration stattfand, war Kabul bereits von der Nord-Allianz besetzt worden, und Bundeskanzler Schröder hatte die Vertrauensfrage im Bundestag zu seinen Gunsten entschieden. Die Schröder-Fischer-Regierung ist daran interessiert, die Gunst der Stunde, die mit dem Terroranschlag auf das New Yorker World Trade Center und das Washingtoner Pentagon begann, mit Hilfe der erklärten „uneingeschränkten Solidarität mit den USA“ zu nutzen, um eine Präsenz beachtlicher Kontingente der Bundeswehr in einigen asiatischen Ländern zu stationieren; sie drängt den USA ihre „Hilfe“ geradezu auf, um so ihre eigene Großmachtpolitik voranzutreiben. Ruhe an der Heimatfront und Erpressung von Abgeordneten der Grünen und der SPD durch Verknüpfung der Militärpräsenz mit der Vertrauensfrage weisen auf eine neue Stufe hin, wie sie sich vor einigen Jahren Kohl, Kinkel, Kanther und Rühle kaum haben erträumen können. Innerhalb

des Bundestages hält nur noch die PDS die pazifistische Fahne hoch, während die Grünen einen Kuhhandel zwischen pazifistischem „Gewissen“ und „Mehrheitsbeschaffung“ für die Politik des deutschen Imperialismus in den eigenen Reihen ausgehandelt haben.

Welche Kräfte waren an der Demonstration „Gewaltspirale durchbrechen“ beteiligt?

Vorbereitung der Demonstration

Die lange Liste der Gruppierungen, die als Träger und Mitorganisatoren auf dem Plakat „Gewaltspirale durchbrechen“ standen, wirkt imponierend. Unter der Verantwortung von Felix Oekentorp als Vertreter der Deutschen Friedensgesellschaft/Verband der KriegsdienstgegnerInnen (DFG/VK) Nordrhein-Westfalen traten auf Flugblatt und Plakat als Unterstützer der Landesverband NRW und mehrere Kreisverbände der PDS und offenen Listen sowie Stadtgruppen der DKP sowie 2 Kreisverbände von Bündnis 90/Die Grünen (Dortmund und Soest), ferner SJD Die Falken Westliches

Westfalen und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Bochum-Süd in Erscheinung. Dazu kamen VVN/BdA NRW und Dortmund, NaturwissenschaftlerInnen-Initiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit e.V., Ortsgruppen von Terre des Hommes, DFG/VK, Bündnis Dortmund gegen Rechts, Arbeitsloseninitiative (ALIDO) Dortmund, Frauen in Schwarz Dortmund, Informationszentrum 3. Welt, die türkisch-kurdische Organisation DIDF, die kurdische YEK-KOM, Naturfreunde, Katholisches Forum Dortmund, Christinnen und Christen für den Frieden, Ökumenische Dienstgruppe Martin-Luther-King e.V., Pax Christi, Evangelische Schalom-Kirchengemeinde und zahlreiche weitere Gruppen sowie Einzelpersonen, die hier nicht alle aufgezählt werden können. Wären alle Gruppen und Einzelpersonen, die als Unterstützer genannt sind, auch zur Demonstration gekommen, dann hätte diese sicher einige tausend Menschen zusammenbringen können.

Vorbereitet waren zahlreiche Sandwiches, darunter auch Forderungen wie „BRD raus aus der NATO!“ Ich selbst trug das

Sandwich „Auch Krieg ist Terror!“ Es bringt zum Ausdruck, daß man Terror nicht mit Terror bekämpfen kann. Krieg ist eine Potenzierung des Terrors.

Vorbereitete Parolen zum Rufen waren: „Raus aus der NATO,

Barsch, er kriecht den Amis in den Arsch!“), oder die mit ihrer feinen Ironie von vielen Menschen mangels Hintergrundwissens nicht verstanden werden konnten (z.B. „Die Nordallianz, die ist ganz süß - auf ins Frau-

Flugblatt verteilt, in dem sie sich an Wolfgang Borcherts Manifest gegen den Krieg anlehnen. Darin heißt es: „In den letzten Wochen - und nicht erst da - haben wir erlebt, daß bestimmte Menschen sich weigern, aus der Geschichte zu lernen: unter anderem die Herren Bush, Schröder, Fischer, Schily...“ Diese Menschen haben gelernt: wie sie uns um des Geschäfts des Krieges willen an der Nase herumführen können. Da sind sie sehr erfinderisch. Sie wollen nicht, daß wir aus der Geschichte lernen und begreifen, wo sie stehen. Richtig wird festgestellt: „Die Bevölkerung wurde immer wieder - nicht selten unter aktiver Mithilfe von Historikern - getäuscht und belogen. Immer wieder hat es angeblich ganz schlimme und bedrohliche Gefahren gegeben, die nur mit Gewalt zu beheben waren. Immer wieder wurden goldene Zeiten nach dem 'Endsieg' versprochen. Und jene, die nicht ohne Weiteres zu überzeugen waren, wurden bedroht und eingeschüchtert.“ Der Anschlag in New York war schlimm und bedrohlich, da beißt keine Maus einen Faden von ab. Aber in dem Krieg geht es nicht darum, solche Bedrohungen unmöglich zu machen. Die Kriegführenden wissen, daß das nicht geht. In dem Flugblatt der Geschichtswerkstatt fehlt der Hinweis darauf, daß der Krieg für den Kapitalismus überlebensnotwendig ist. Leute wie Bush, Fischer usw. „weigern sich“ darum „aus der Geschichte zu lernen“, weil sie sich dem Kapitalismus verschrieben haben. Sie haben sehr wohl etwas aus der Geschichte gelernt, sie wollen es nur schlauer machen als ihre Vorgänger, aber das trägt nicht zu einer menschlicheren Gesellschaft bei. Die Geschichtswerkstatt kennt durchaus Perspektiven einer besseren Welt: „Ist es nicht die grausame Ungerechtigkeit, mit der die sogenannte 'Dritte Welt' von der 'Ersten' beherrscht und ausgebeutet wird?



Auftaktkundgebung in Dortmund

Foto: AntifaZ

rein in den Frieden!“, „Nie, nie, nie wieder Krieg!“, „Die größten Terroristen sind die Imperialisten“, „Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt“, „Schwarz, grün, rot bringt den Menschen Tod“, „Im Krieg gewinnt nur einer - der Tod“, „Gegen die Hetze, gegen das Kapital, der Kampf gegen Faschismus ist international“, „Hoch die internationale Solidarität!“, „Schröder, Fischer und Co, ab in den Bushkrieg“, „Kabul machen wir erst platt, dann machen wir die Kinder satt“, „Gerhard Schröder ist ein Barsch, er kriecht den Amis in den Arsch“, „Keine deutschen Soldaten in alle Welt, kein Abbau der demokratischen Grundrechte, keine Hetze gegen Ausländer!“, „Die Nordallianz, die ist ganz süß - auf ins Frauenparadies!“

Wenn man einmal von einigen „Spaßparolen“ absieht, die verharmlosend sind, da sie z.B. die Intention, die sich hinter der Maske des sich Anbiederns versteckt, nicht durchschaubar machen („Gerhard Schröder ist ein

enparadies!“), kamen in den Parolen vor allem zwei Positionen zum Ausdruck, die sich teilweise überlappen: pazifistische und antikapitalistische. Gerufen wurden allerdings nur wenige der Parolen, vor allem die, die bereits „eingebürgert“ sind.

Demonstrationszug

Der Demonstrationzug war (nach meiner Zählung) etwa 1500 Personen stark, es waren weniger, als die Organisatoren erwartet hatten, die mit mindestens 2000 Teilnehmenden gerechnet hatten.

Besonders in Erscheinung traten während des Demonstrationzuges vor allem zwei politische Richtungen: zum einen gestandene Pazifisten (darunter eine Reihe von Pastoren), durch Flugschriften argumentativ unterstützt insbesondere durch die PDS, zum anderen erklärte Gegner des imperialistischen Krieges. Wie haben sie darin ihre Positionen vertreten?

Pazifistische

Auffassungen

Angehörige der Dortmunder Geschichtswerkstatt haben ein

Jedes Jahr sterben mehr als 10 Millionen Kinder dort an Hunger, ohne daß bisher ernsthaft etwas dagegen unternommen worden wäre.“ Wer sollte es unternehmen? Von denen, die sich dem Kapitalismus verschrieben haben, ist das nicht zu erwarten. Unternommen werden muß es hier vor Ort. Im Kontakt mit den Menschen unterschiedlicher Herkunft hier. Für gleiche Rechte für alle. Ho Tschü-Minh hat einmal europäischen Studenten, die auf Seiten der Vietkong in den Krieg gegen die Supermacht USA ziehen wollten, sinngemäß erklärt: „Das ist nicht eure Aufgabe, sondern unsere. Eure Aufgabe ist es, dort wo ihr lebt und euch auskennt, die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. Erst wenn unser Kampf und euer Kampf für eine bessere Welt zugleich erfolgreich sind, kann der Hydra Imperialismus auch der letzte Kopf abgeschlagen werden, andernfalls wird ihr der fehlende immer wieder nachwachsen.“ Das Flugblatt kommt über eine Verweigerungshaltung (so ehrenwert diese auch ist) nicht hinaus. Es geht aber darum, daß die kleinen Leute selbst das Heft in die Hand zu nehmen lernen. Bewußtwerdung ist eine Voraussetzung, Organisierung eine weitere. Und da hapert es.

Antimilitaristische Positionen

Besonders aufgefallen sind mir folgende Auffassungen. Ein Flugblatt des Friedensforum Duisburg, in dem Schilys Anti-Terror-Paket angegriffen wird: dieses bekämpfe „die Demokratie - nicht den Terrorismus.“ Dies wird detailliert aufgezeigt. Das Flugblatt gibt auch einen Offenen Brief des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) an Bundesinnenminister Schily wieder, worin der Schily von gestern mit dem von heute an Hand einschlägiger Äußerungen verglichen wird. ...

Ein weiteres Flugblatt trägt den Titel „Kein Blut für Öl“. Darin heißt es: „Die Ölvorkommen in

Amerika versiegen. Von 835 Mio. Tonnen, die die USA verbrauchen, fallen damit in den nächsten 5 Jahren ca. 400 Mio. Tonnen weg, also fast die Hälfte. Wenn die USA nicht unbedingt neue Quellen gewinnen, werden sie die Vormachtstellung in der Welt verlieren. Nun stehen die Vereinigten Staaten mit dem Rücken an der Wand, und deshalb braucht Bush um jeden Preis die Erdölpipeline über 50 Mio. Tonnen von Kasachstan über Afghanistan zum Indischen Ozean. Deshalb wird dieser Krieg geführt, und Mr. Bush ist zu dem Risiko bereit, die Menschheit in einen 3. Weltkrieg zu führen. Deshalb hat er sich weitere Kriege gegen 7 Ölländer (wo Öl ist, ist auch Gegenterror) von der UNO bereits genehmigen lassen. Der Ölkrieg wird also weitergehen. Die Geschichte des Erdöls ist

schichte des Gegenterrors beenden, darf man auch die Geschichte des Öls nicht mehr mit Terror schreiben.“ Das Flugblatt ruft auf zu einem offensiven Antikriegs-Komitee gegen Bushs Angriffskrieg gegen Afghanistan. Hier werden einige wichtige Feststellungen getroffen, aber das Schwergewicht wird hier auf die USA verlagert, es muß bei uns aber auf Deutschland liegen.

Die Abschlußkundgebung

Was für Redner traten zu Beginn der Demonstration und auf der Abschlußkundgebung auf? Besonders zu erwähnen wären da zwei. Einmal der Lehrer Bernhard Nolz von der Berthavon-Suttner-Gesamtschule Siegen, zum anderen der DGB-Kreisvorsitzende von Dortmund, Eberhard Weber. Die Rede des



Antimilitaristische Positionen ?

Foto: AntifaZ

auch die Geschichte von Kriegen und Unterdrückung, und dann natürlich auch die Geschichte von Befreiungskämpfen und Gegenterror. Die Geschichte Bin Ladens ist also auch die Geschichte des Erdöls. So begegnen wir wieder entlang der 1996 von Kissinger mit den Taliban ausgehandelten Pipeline einem Bin Laden und seiner Alkaida-Truppe. Sie operiert aber in 50 Ländern und kann gar nicht mit Bomben besiegt werden. Will man die Ge-

ersten entsprach in etwa dem, was er bereits in Siegen gesagt hatte und weshalb er vom Schuldienst suspendiert wurde. Der Kern ist dabei seine Aufforderung zur Kriegsdienstverweigerung. Nur: Die Berliner Regierung legt keinen Wert darauf, Wehrpflichtige in den Krieg zu schicken; sie schickt Spezialkräfte. Und das sind Berufssoldaten, also Freiwillige. Ob es hierzulande noch lange eine Wehrpflichtigenarmee geben wird, ist zu bezweifeln. Als Alter-

native bietet sich an, sich unter der großen Zahl von Bewerbern um einen Arbeitsplatz, die natürlich auch um Arbeit bei der Bundeswehr nachsuchen, die besten Leute auszusuchen. Und das sind dann auch Freiwillige. Mithin ist selbst der Vorwurf der Wehrkraftersetzung lächerlich. Es war trotzdem richtig, Nolz reden zu lassen: Er spiegelt eine unter den Demonstrierenden verbreitete Meinung wider, und es war ein Akt der Solidarität ihm gegenüber.

Der DGB-Vorsitzende Weber nahm die Gelegenheit wahr, eine „innere Zerrissenheit“ kundzutun. Einerseits sei er gegen die von Schröder propagierte „uneingeschränkte Solidarität mit den USA“, andererseits aber fühlte er sich solidarisch mit der Bundesregierung, die die Kriegsgegner in den Reihen der Koalitionsparteien im Bundestag mit der Vertrauensfrage unter Druck gesetzt hatte. Nachdem die Grünen so gut wie alles über Bord geworfen haben, wofür sie einst angetreten waren, mußten sie bei Neuwahlen befürchten, eventuell im Bundestag nicht mehr vertreten zu sein. Darum warfen sie noch einigen „Ballast“ mehr über Bord, um sich über Wasser zu halten. Weber, der dann auch noch militärische Mittel zur Bekämpfung von Terror nicht ausschließen mochte, löste damit unter seinen Zuhörern einen Unmut aus, der mit einem Pfeifkonzert und den Rufen „Aufhören! Aufhören!“ begann und dazu führte, daß bei dem Versuch, ihm den Lautsprecher abzudrehen, die Anlage einen Kurzschluß bekam. Sie verstanden genau, was er sagen wollte: Er wollte zwar keine „uneingeschränkte Solidarität mit den USA“, hätte aber gegen eine „eingeschränkte“ Solidarität mit der US-Regierung keine Einwände gehabt. Daß die militärischen Mittel, die er befürwortete, von imperialistischen Regierungen ergriffen werden, die damit andere Zwecke als Terror-

bekämpfung im Visier haben könnten, diesen Gedanken hatte dieser famose Gewerkschafter nicht.

Polizei griff ein und nahm einige Kriegsgegner vorläufig in Gewahrsam, gegen einen von ihnen wurde ein Strafantrag gestellt. Dabei war niemand etwa dem Redner körperlich zu nahe gerückt, die Protestierer wollten nur nicht, daß jemand auf einer Friedenskundgebung das Wort hat, der die Politik des Kriegskanzlers verteidigt.

Der Eklat hatte zur Folge: Die örtlichen Medien brachten diese Demonstration größer heraus, als erwartet. Selbst die Zahl der Demonstrierenden wurde dabei großzügig verdoppelt. Grundtenor war, aufzuzeigen, wie unfriedlich sich die Friedensfreunde verhalten haben. Selbst in den eigenen Reihen können sie nicht die „Gewaltspirale durchbrechen“. Die *Westfälische Rundschau* etwa titelte: „Friedensdemo: Als Eberhard Weber sprach, war's vorbei mit dem Frieden“. Und in ihrem Kommentar heißt es: „Weber hat versucht zu differenzieren. Darauf hinzuweisen, daß es 'keine einfachen Antworten' und 'letzten Wahrheiten' gibt ... Doch dieselben Demonstranten, die der Regierung Schröder vorwarfen, daß er Zwischentöne abwürge und Abweichler aus den eigenen Reihen massiv unter Druck setze, wollten solche Zwischentöne nicht hören... Die rhetorische Frage sei gestellt: Wie ernst ist es Menschen, die 'gegen jede Form von Gewalt' demonstrieren, wenn sie sich schon von wenigen nachdenklichen Sätzen zu gewalttätigen Ausschreitungen provozieren lassen? ... Wer so handelt wie die Randalierer, verspielt den Anspruch, politisch ernst genommen zu werden. Und das ist fatal, denn die Aussagen der Demonstration müssen ernst genommen werden.“ Vielleicht so ernst wie die der grünen Bundestagsabgeordneten, die darüber berieten, wer von ihnen

mit Nein stimmen sollte und wer mit ja, damit die Optik stimmt? War der Eklat das wert? Ich meine: ja. Es war wichtig, sich nicht von falschen „Friedensfreunden“ vereinnahmen zu lassen. Hätte man Weber zu Ende reden lassen, so wären womöglich Auszüge aus seiner Rede als die wesentliche Aussage der Demonstrierenden veröffentlicht worden.

Kritik an der Programmgestaltung und Organisation der Dortmunder Demonstration

Aber nicht das, was Weber sagte, war der eigentliche Skandal, sondern daß er überhaupt als Redner aufgestellt worden war. Im Bestreben, Prominenz auftreten zu lassen, war von den Programmgestaltern der Demonstration der politische Konsens in den eigenen Reihen überdehnt worden. Das ist purer Opportunismus. Dabei hatte Weber nicht einmal als Unterstützer auf dem Flugblatt gestanden. Er war den Demonstrierenden sozusagen vor die Nase gesetzt worden. Und viele, die für die „innere Zerrissenheit“ des Herrn Weber nicht auf die Straße gegangen waren und auch nicht das Privileg hatten, einen eigenen Redebeitrag zu halten, fühlten sich düpiert.

Es gab eine Rede, die sich gegen den Kapitalismus richtete und für ein Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion unter gleichen Rechten hierzulande aussprach. Das war der Vertreter von DIDF.

Und es gab eine Antwort auf das, was Weber vorgebracht hatte, sie kam von Rüdiger Raguse, Betriebsrat von Thyssen/Krupp und Mitglied der IG Metall: „Deutsche Soldaten haben nirgendwo auf der Welt etwas zu suchen. Du kannst nicht zu einer Friedensdemo gehen und für den Krieg reden.“ Recht hat er...:

KD

EROSION DER BÜRGERRECHTE
IN DEN VEREINIGTEN STAATEN

An der Heimatfront

Die Anschläge vom 11. September und der Krieg in Afghanistan haben auch innenpolitische Konsequenzen für die USA. Fast alle Maßnahmen, die zum Schutz der inneren Sicherheit getroffen wurden, bedeuten eine starke Erosion der bürgerlichen Freiheitsrechte. Neben konkreten Maßnahmen wie der Verhaftung von über tausend Ausländern oder der Schaffung einer Sonderbehörde zur Bekämpfung des Terrorismus sind es vor allem neue Gesetzesbestimmungen, die den Sicherheitsdiensten erlauben, tief in die Privatsphäre des amerikanischen Bürgers einzudringen. Darüber hinaus betreibt die Bush-Administration eine restriktive Zensurpolitik in den Medien. Kritische Stimmen kommen kaum mehr zu Wort.

Von MICHAEL RATNER*

Ich wohne ein paar Straßen vom World Trade Center entfernt. Ich habe die Explosion im nördlichen Turm gesehen. Kurz darauf musste ich mit Entsetzen beobachten, wie das zweite Flugzeug in zweihundert Meter Höhe den südlichen Turm traf und explodierte. Ich sah die Twin Towers einen nach dem anderen in sich zusammensacken. Mitglieder meiner Familie sind dem Unglück nur knapp entronnen. Ein Fußballtrainer meines Sohnes wurde getötet, und eine seiner Mitschülerinnen hat ihren Vater verloren.

Wir alle in New York wollen unsere Kinder schützen, wir wollen, dass die Terroristen festgenommen und bestraft werden, wir wollen das Netzwerk der Terroristen zerstören und weitere Angriffe verhindern. Unsere Regierung behauptet, das könne man nur erreichen, indem man andere Länder militärisch angreift und im eigenen Lande die Überwachung verstärkt. Der Krieg gegen den Terrorismus, den sie ausgerufen hat, ist ein echter Krieg mit Bomben, Raketen, Kommando-Aktionen und Bodentruppen, mit finanziellen, juristischen, politischen und diplomatischen Implikationen, die der Regierung als Rechtfertigung dienen, auch im Inneren des Landes unsere Freiheiten und unsere verfassungsmäßigen Rechte einzuschränken.

Mitglieder des Kongresses wie der republikanische Senator Trent Lott wollen uns weis machen: „Wenn man sich im Krieg befindet, geht man mit den individuellen Grundrechten anders um.“ Und Sandra Day O'Connor, Mitglied des Supreme Court der USA, lässt verlauten, wir

würden „wahrscheinlich mehr Einschränkungen unserer persönlichen Freiheitsrechte erleben als jemals zuvor in der Geschichte unseres Landes.“ (1)

Der „Krieg“ gegen den Terrorismus, wie er bei uns zu Hause stattfindet, produziert ein falsches Gefühl der Sicherheit. Auch dichtere Grenzen, erweiterte Befugnisse für die Geheimdienste und verstärkte Überwachungsmaßnahmen können den Terrorismus nicht stoppen, und selbst ein Polizeistaat wäre außerstande, uns hundertprozentig vor den Anschlägen von Terroristen zu schützen.

Die Bemühungen der US-Regierung, den Terrorismus im eigenen Land zu zerschlagen, setzen auf drei verschiedenen Ebenen an. Zum einen wurde am 20. September das „Homeland Defense Office“ als neue Sonderbehörde der Regierung gegründet. Es soll Erkenntnisse zusammentragen, die Aktivitäten gegen den Terrorismus koordinieren und Maßnahmen veranlassen, die terroristische Angriffe verhindern oder auf sie reagieren. Wie diese Behörde funktionieren wird, ist noch nicht klar, aber sie dürfte die Macht der Strafverfolgungsorgane und der Geheimdienste noch weiter konzentrieren.

Zum anderen wird eine schärfere Gangart gegenüber Ausländern eingeübt, egal ob sie dauerhaft in den USA leben oder nur hier studieren, ob sie vorübergehend hier arbeiten oder als Touristen kommen. Normalerweise kann man einen Ausländer höchstens 48 Stunden inhaftieren, ehe Anklage gegen ihn erhoben werden muss. Im Ge-

folge des 11. September hat Justizminister Ashcroft eine neue Regelung erlassen, wonach Ausländer auch ohne Anklage für „eine angemessene Zeit“ festgesetzt werden dürfen, was durchaus monatelang bedeuten kann. Das FBI hat denn auch eine große Zahl von Individuen, die terroristischer Verbindungen verdächtigt wurden, festnehmen und verhören lassen. Die meisten der weit über tausend Verhafteten waren Menschen aus dem Nahen Osten, die keine US-Staatsbürgerschaft haben; viele von ihnen durften tagelang keinen Kontakt mit einem Anwalt aufnehmen, vielen teilte man nicht einmal mit, was ihnen vorgehalten wird. (2) Nur ganz wenigen war eine Verbindung zu dem Angriff vom 11. September nachzuweisen. Manche wurden einfach verhaftet, weil sie aus Ländern wie Pakistan stammten. Nicht selten wurden die Verhafteten auch misshandelt, steht in einigen Berichten. (3)

Unter Verdacht

Das FBI konzentriert sich, wie es heißt, auf Gruppen, die Beziehungen zum Terrorismus unterhalten. Dazu werden selbst pazifistische Organisationen wie die US-amerikanische Sektion der „Frauen in Schwarz“ gezählt, die Mahnwachen gegen die Gewaltaktionen in Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten organisieren. Mitgliedern dieser Gruppe wurde vom FBI angedroht, falls sie keine Auskunft über ihre Aktivitäten gäben, würde man sie einsperren. Eine der Frauen meinte dazu: „Wenn das FBI nicht bereit oder in der Lage ist, eine Unterscheidung vorzunehmen zwischen Gruppen, die Hass und Terror verbreiten, und Friedensaktivisten, die in aller Öffentlichkeit gegen alle Formen des Terrorismus kämpfen, dann haben wir ein ernsthaftes Problem.“ (4) Das FBI macht diese Unterscheidung nicht. Deshalb lässt es nicht nur Tausende aufgrund vager Verdachtsmomente festnehmen, sondern beobachtet nach wie vor die gesamte Dissidentenszene der USA. (5)

Die dritte Ebene sind die Bestimmungen der neuen Antiterrorgesetzgebung, die sich gegen Ausländer wie gegen US-Staatsbürger richten. Das so genannte U.S.A.P.A.T.R.I.O.T.-Gesetz (6) hat außerhalb des Kongresses mehr Widerspruch hervorgerufen, als man in diesen schwierigen Zeiten erwarten sollte. Gegen seine schlimmsten Bestimmungen opponierte eine breite National Coalition to Protect Political Freedom, zu der sich über 120 Gruppen von links bis

rechts zusammengeschlossen haben. Sie konnte zwar einige eher unbedeutende Änderungen durchsetzen, aber die beklemmendsten Bestimmungen sind erhalten geblieben. Eine wirkliche Änderung bedeutet nur die „Sunset“-Klausel, derzufolge einige, aber beileibe nicht alle Vorschriften nach vier Jahren automatisch auslaufen. (7)

Die wichtigsten Veränderungen betreffen die Rechte von Ausländern. Dabei hatten schon die Antiterrorismusgesetze, die im Gefolge des Bombenattentats auf das Regierungsgebäude in Oklahoma City verabschiedet wurden, der Bundesregierung eine weitgehende Ermächtigung verliehen, Ausländer zu verhaften, in Haft zu halten und auszuweisen, falls geheimdienstliche Erkenntnisse gegen sie vorliegen. Das neue Gesetz geht weiter und erlaubt die „obligatorische Ausweisung“ von Ausländern, die der Justizminister als „terrorismusverdächtig“ bezeichnet. Eine solche „präventive Ausweisung“ galt bisher als verfassungswidrig. (8)

Zweitens ist nach dem neuen Gesetz ein Ausländer bereits aufgrund irgendeiner Verbindung mit einer „terroristischen Organisation“ auszuweisen, während zuvor eine Ausweisung nur statthaft war, wenn er terroristische Aktivitäten unterstützt hat. Obwohl diese Änderung auf den ersten Blick einigermaßen plausibel erscheint, läuft sie auf eine gefährliche Erosion des durch die Verfassung geschützten Vereinigungsrechts hinaus. Zudem ist der Begriff „terroristische Organisation“ so vage gefasst, dass darunter auch der südafrikanische ANC oder Organisationen wie die IRA oder sogar eine bewusst gewaltfrei operierende NGO wie Greenpeace fallen könnte. Ein Ausländer, der solchen oder ähnlichen Gruppen lediglich medizinische oder humanitäre Hilfe leistet oder deren politische Anliegen auch nur finanziell unterstützt, könnte dennoch auf unbegrenzte Zeit in Haft genommen werden.

Ein Kernelement des neuen Gesetzes ist die sehr weit gehende Ermächtigung zum Abhören von Telefonen. In den Vereinigten Staaten ist das Telefonabhören zwar statthaft, aber im Allgemeinen nur, wenn es plausible Anhaltspunkte für ein Verbrechen gibt und wenn ein Richter eine spezielle Anordnung unterzeichnet. Darin mussten der genaue Zeitraum, die Nummern der abzuhörenden Telefone und die Art der abzuhörenden Gespräche spezifiziert sein. Diese strengen Anforderungen wurden 1978 durch eine

Ausnahmebestimmung gelockert, insofern der Foreign Intelligence Act auch das Abhören zulässt, um Informationen über ausländische Regierungen und ausländische terroristische Organisationen zu gewinnen. Zu diesem Zweck wurde eine nicht öffentliche Gerichtsinstanz eingerichtet, die solche Abhörmaßnahmen absegnen konnte, ohne dass die Regierung Beweismaterial für ein kriminelles Vergehen zu präsentieren hatte. Mit der Zeit hat der geheime Gerichtshof seine Rechtsauffassung dermaßen elastisch ausgeweitet, dass er dem FBI erlauben konnte, heimlich Wohnungen und Büroräume zu durchsuchen und sich Bankauszüge und ähnliches Material zu verschaffen. Heute segnet das Gericht die Abhörerträge der Spionageagenturen praktisch routinemäßig ab. In den 24 Jahren seiner Existenz hat es über 10 000 Abhörvorgänge genehmigt – im letzten Jahre nahezu 1 000 – und dabei offenbar nicht einen einzigen Antrag abgelehnt. (9)

Unter dem neuen Gesetz ist dieses nicht öffentliche Gericht ermächtigt, das Abhören von Telefonen und die heimliche Durchsuchung von Wohnungen bei einem vermuteten Verbrechen zu erlauben – also nicht nur zum Sammeln von Informationen über ausländische Organisationen. Das FBI darf Einzelpersonen und Organisationen abhören, ohne die strikten Anforderungen der US-Verfassung zu beachten. Und der geheime Gerichtshof ist autorisiert, die Leitungen von allen Telefonen, Computern und Mobiltelefonen anzuzapfen, die möglicherweise von einem Verdächtigen benutzt werden. Auch das Mitlesen von E-Mails wird auf breiter Basis gestattet, und zwar bevor die Empfänger sie geöffnet haben. (10) Damit werden Tausende Unterhaltungen und Mitteilungen mitgehört oder mitgelesen, die mit dem Verdächtigen oder einem Verbrechen gar nichts zu tun haben.

Das neue Gesetz enthält noch viele andere Erweiterungen der Ermittlungs- und Strafverfolgungskompetenzen: den erweiterten Einsatz von Undercover-Agenten zur Infiltration von Organisationen, längere Gefängnisstrafen ebenso wie die lebenslange Überwachung von Personen, die ihre Strafen abgesessen haben, aber auch mehr Verbrechenstatbestände, die mit dem Tode bestraft werden können, und längere Verjährungsfristen. Einer weiteren Bestimmung zufolge ist es ein Verbrechen, wenn eine Person es unterlässt, dem FBI mitzuteilen, dass sie „plausible Gründe“ zu der Annahme hat, jemand

könne ein terroristisches Verbrechen im Schilde führen. Insgesamt stellt die neue Gesetzgebung einen der umfassendsten Angriffe auf die Freiheitsrechte dar, die wir in den letzten fünfzig Jahren erlebt haben.

Auch die Zensurmaßnahmen wurden seit Beginn des Krieges immer mehr ausgeweitet. Anfang Oktober warnte Ari Fleisher, der Pressesprecher des Weißen Hauses: „Die Leute müssen darauf achten, was sie sagen und was sie tun.“ (11) Wer die Aktionen und die Politik der USA in Frage stellt, gilt als unpatriotisch. Stimmen gegen das Kriegsgeschrei oder Leute, die nach den tiefer liegenden Gründen für die terroristischen Angriffe fragen, gelangen kaum an die Öffentlichkeit. Wagen sie es, sich doch zu äußern, ist die Verurteilung einhellig. Es herrscht Konsens, dass wir unsern Staat nicht kritisieren und dass die Terrorursachen zu erörtern im Grunde bedeutet, die Terroristen zu entschuldigen. Dieser Vorwurf traf zum Beispiel Susan Sontag, als sie das Eingeständnis forderte, dass es sich bei den Angriffen vom 11. September nicht um eine Attacke auf „die Zivilisation“ oder „die Freiheit“ gehandelt habe, sondern um einen Angriff „auf die Vereinigten Staaten, die einzige selbst ernannte Supermacht der Welt“, einen Angriff, der „als Konsequenz der Politik, Interessen und Handlungen der Vereinigten Staaten unternommen wurde“. Daraufhin wurde sie in den Medien vehement als „Amerikahasserin“ angegriffen. (13) Die *Daily News*, eine der größten New Yorker Zeitungen, beschimpfte diejenigen, die nach den Wurzeln des Terrors fragen, als „Nostalgiker der 60er Jahre, radikale Muslime, linksradikale Randfiguren und schlichte Spinner“, die „der Feind lieben dürfte“. (13)

Auch die Selbstzensur greift um sich, bei den Medien und sogar bei progressiven Organisationen. Alternativen Ansichten wird einfach kein Raum mehr gegeben. In einer Fernsehshow wurde das Mikrofon mitten im Satz abgedreht, als ein Gast nicht für eine militärische, sondern für eine rechtliche Lösung argumentierte. Ein bekannter Journalist wurde von seiner Radiostation gefeuert, weil er ein Interview mit Barbara Lee gesendet hatte, dem einzigen Mitglied des Kongresses, das gegen den Krieg gestimmt hatte. Kritik an der politischen Führung ist fast unzulässig, auch dann, wenn sie nichts mit dem Krieg zu tun hat. Zwei große Umweltorganisationen zogen Anzeigen zurück, in denen sie die Umweltpolitik von Präsident Bush kritisierten.

Mehrere Zeitungen, darunter die *New York Times*, entschlossen sich, die Ergebnisse ihrer gemeinsam organisierten Nachzählung der umstrittenen Präsidentschaftswahlen in Florida nicht zu publizieren, weil sie befürchteten, das könnte die Legitimität des Präsidenten in Zweifel ziehen.

Die Regierung praktiziert ihre Zensurmaßnahmen immer offenkundiger. Zwar hat der Präsident seine Ankündigung, die Unterrichtung des Kongresses über militärische und geheimdienstliche Themen einzuschränken, nach einigen Tagen zurückgenommen, aber ob er den Kongress in Zukunft voll unterrichten wird, bleibt abzuwarten. Die Presse bekommt immer noch sehr wenig Informationen. In den Pressekonferenzen unterrichtet die Regierung zwar über die militärischen Angelegenheiten, aber keinem Journalisten wird gestattet, die Truppen zu begleiten. Die erstaunlichste Zensurmaßnahme war die Forderung der Regierung, die fünf großen Fernsehstationen sollten die aufgezeichneten Stellungnahmen von Ussama Bin Laden und seinen Vertretern nicht in vollem Umfang senden. Die Regierung behauptete, sie könnte verschlüsselte Mitteilungen enthalten, musste aber inzwischen zugestehen, dass man keine gefunden hat. Dennoch haben die Fernsehanstalten die Aufzeichnungen nicht gesendet, worauf die Regierung ihre Forderung auch auf die Printmedien ausdehnte.

Die USA haben sich immer viel auf den Schutz der Rede- und Pressefreiheit durch ihre Verfassung zugute gehalten. Diese Freiheiten sind in Kriegszeiten besonders wichtig, wenn eine funktionierende Demokratie essentiell auf eine lebendige öffentliche Diskussion angewiesen ist. Es ist freilich nicht ungewöhnlich, dass Regierungen in Kriegszeiten oder in einer nationalen Krise zu drakonischen polizeilichen Maßnahmen greifen. Das ist in den USA wie anderswo schon häufig geschehen. Aber wir sollten aus der Geschichte lernen. In einer Atmosphäre der Kriegshysterie und der Instabilität sollte man nicht überall Gesetze beschließen, die unsere Freiheitsrechte beschneiden und der Regierung und ihren geheimdienstlichen und polizeilichen Organen erweiterte Vollmachten geben. Die US-Regierung stellt den Krieg gegen den Terrorismus als einen lang andauernden Krieg dar und als Krieg ohne Grenzen. Der Terrorismus bedrohe uns schließlich alle. Aber ebenso beunruhigend ist die Vorstellung, dass unsere Re-

gierung im Namen der Terrorismusbekämpfung gewillt ist, auch unsere verfassungsmäßigen Freiheitsrechte auf Dauer einzuschränken.

(***Michael Ratner ist Vizepräsident des Center for Constitutional Rights in New York.**

Der vorliegende Beitrag erschien zuerst in LE MONDE diplomatique vom 4.11.2001)

Anmerkungen:

- (1) *Washington Post* vom 14. September 2001 und *New York Times* vom 29. September 2001
- (2) *New York Times*, 14. Oktober 2001. Das US-Justizministerium weigert sich auch mitzuteilen, wie viele der Verdächtigen noch in Haft sind und was ihnen vorgeworfen wird. Siehe *International Herald Tribune* vom 1. November 2001
- (3) Zum Beispiel wurde am 18. September ein 21-jähriger College-Student aus Pakistan auf der Fahrt zu seiner Schule von der Einwanderungspolizei festgenommen. In der Zelle des Untersuchungsgefängnisses schlugen ihn drei weiße Mitinsassen zusammen, die ihn Bin Laden nannten und umzubringen drohten.
- (4) Siehe den Report von Ronnie Gilbert, „Investigation of Women in Black“ vom 4. Oktober 2001 in: www.labournet.net/world/0110/wmnbkl.html.
- (5) Das FBI hat sich schon immer – wie die CIA – als Schutzmacht der US-amerikanischen Ideologie betrachtet. So wurden immer wieder Gruppen, die gegen die Regierungspolitik opponierten (wie Bürgerrechtler, Vietnamkriegsgegner oder auch nur kulturelle Dissidenten) vom FBI überwacht und in ihren Aktivitäten behindert.
- (6) Der programmatische Name U.S.A.P.A.T.R.I.O.T. steht für „Uniting and Strengthening America by Providing Appropriate Tools Required to Intercept and Obstruct Terrorism“. Das Gesetz wurde im Repräsentantenhaus mit einer Mehrheit von 356 zu 56 und im Senat mit 98 gegen nur eine Stimme verabschiedet.
- (7) Allen Erfahrungen zufolge wird ein Gesetz jedoch in der Regel verlängert, wenn sein Verfallsdatum naherückt.
- (8) Bisher konnte ein Verdächtiger nur in Haft gehalten werden, wenn er eine Gefahr für die Gemeinschaft oder ein Flugrisiko darstellte, und auch das nur nach einer gerichtlichen Anhörung.
- (9) Patric S. Poole, „Secret Court: the Foreign Intelligence Surveillance Court“, unter: <http://fly.hiway.net/~ps-poole/fiscshort.htm>
- (10) Das neue Gesetz erlaubt einen erweiterten Einsatz von Systemen wie Carnivore, das in der Lage ist, alle über einen Internet-Provider versendeten E-Mails zu überwachen und die Inhalte und/oder Adressen der Sender zu speichern.
- (11) Siehe *Los Angeles Times* vom 2. Oktober 2001
- (12) Celistine Bohlen in *New York Times* vom 29. September 2001
- (13) *The Daily News* vom 5. Oktober 2001

RECHTE MUSIK UND FASCHO – ROCK

Die Speerspitze der Stammtische Die rechtsextremistische Musikszene (Dr. Lutz Neitzert)

(Teil 2)

Vaterland

„Wenn die sozialen Zugehörigkeiten (...) immer bröseliger werden, dann steigt man um auf Zugehörigkeiten, die einem keiner nehmen kann, weil sie sozusagen ‚naturhaft‘ sind: Rasse, Hautfarbe, Nation: ‚Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein‘, das ist dann die letzte uneinnehmbare Bastion!“ (W. Heitmeyer)

So irrational und in keiner Weise stichhaltig die Zuordnungskriterien (weder kulturell noch biologisch) dabei auch sein mögen, der große Vorteil einer solchen Identifikation ist das Kategorische an ihr: man postuliert und nimmt sich zugleich das Recht, jede Diskussion als irrelevant zu verweigern.

„Wir kämpfen kahl, unsre Fäuste hart wie Stahl. Unser Herz schlägt treu für unser Vaterland. Was auch geschehen mag, wir werden niemals von Dir gehen, wir werden treu für unser Deutschland stehn...!“ (Kraft für Doitschland/Störkraft)

„Land der Liebe, Land des Schönen, Land des Schaffens und der Kraft. Land in Trümmern und voll Stöhnen, Land in Ängsten...Trotz dem Hohn des Erdenfalles, trotz dem Hass, der Dich umgibt, Deutschland, Deutschland über alles, über alles sei geliebt...Land des Lichtes, Land der Weisheit, Land der Denker und der Kunst, neblig Land der Wotansgeister, Land im blutig-roten Dunst, in der Tiefe Deines Falles sei der Weizen neu gesät. Land geplündert und geschändet, doch der Besten nicht beraubt... Deutschland erwache...!“ (Deutschland/Kraftschlag)

(Vor 1989 war die deutsche Wiedervereinigung ein wichtiges Thema auch in den rechten Rocktexten)

(Als explizit vaterländische Musik tauchen ab und an Coverversionen deutscher Schlager auf – mit Vorliebe aus dem Repertoire der nationalsozialistischen Unterhaltungsbranche, z.B. Lieder von Hans Albers).

Das Bild der Frau

Das hier sich manifestierende (auch äußere Erscheinungs-) Bild der Frau (angesiedelt zwischen *Lebensborn* und BDM) ist sicher unreflektiert nur den Vorgaben des verpflichtenden ästhetisch-ideologischen Gesamtkonzeptes des tradierten Faschismus geschuldet. Und in seinem Anachronismus, seiner Ferne von jeder jugendlichen Alltagsrealität ist es sicher nicht wirklich zu-eigen gemacht (1). In der Darstellung des Geschlechterverhältnisses selbst und des sexuellen Verhaltens zeigt sich dann sehr wohl jene psychische Disposition, welche (nach Adorno) den autoritären Charakter wesentlich prägt: (Männer-)Machtgelüste und zugleich die Sehnsucht nach Heimeligkeit.

(Im Szenejargon – auch in vielen Liedtexten – heißen Skinhead-Mädchen übrigens Renees).

„Sie war eine Rasse-Frau, die Haare blond, die Augen blau, doch ... einem Ausländer und Asylanten wollte sie eine Heimat geben, und ... so begann ihr linkes Leben. Sie ist ,ne Ausländerhure, ohne Moral übt sie Volksverrat..., Rassenmischung tötet unsren Staat... deutsche Frau halt dein Blut rein, sei stolz auf unsre Rasse, denn so soll es sein...!“ (Ausländerhure/Kraftschlag)

„Deutsche Frauen, deutsches Bier, schwarz-weiß-rot, wir stehn zu Dir...!“ (Land meiner Väter/Freikorps)

„Deutsches Mädchen, ich brauche Dich, ohne Dich leben, das kann ich nicht. Ich lieg hier im Graben und denk daran, wie schön es doch zu zweit sein kann. Neben mir liegt noch ,ne Flasche vom letzten Geld aus meiner Tasche. Deutsches Mädchen, ich schenke Dir Deutschlands Kinder...Nur an Deutschland und Dich habe ich Gedanken, ohne Euch bin ich am Wanken...! (Deutsches Mädchen/Oi Dramz)

„Hände weg von unseren Frauen, sonst müssen wir euch was auf's Maul hauen. Wir sind die Skinheads aus dem hohen Norden, wir können es unseren Frauen auch selbst besorgen...!“ (Unser Land/Kraftschlag)

„Triffst Du mal `nen Türken mit einer deutschen Frau, dann ist das Rassenschande, und das weißt Du ganz genau. Drum wartest Du auf ihn an irgendeiner Ecke, schneid ihm seinen Schwanz ab, auf dass er dran verrecke...Tötet ihre Kinder, schändet ihre Frauen, vernichtet ihre Rasse und lehrt ihnen das Grauen...!“ (Kanaken-Song)

„Türkenfotze nassrasiert, Türkenfotze glattrasiert...Türken raus...!“ (Böhse Onkelz)

„Der eine zieht sie durch, der andere setzt sich drauf und dann gibt es wieder Bier...“ (Frauen, Bier und Tätowieren/Märtyrer).

- (1) Allerdings finden sich in Fanzines gelegentlich tatsächlich Pinupgirls, die sich ausnehmen wie eine Parodie auf Nazi-Aktmalerei.

Die tradierten Muster einer faschistischen Ästhetik – wie auch alle jene begründenden Welterklärungsmuster – besitzen vor allem eines: *scharfe Konturen*. Ein (vorgeblich) sinnstiftendes Charakteristikum, welches viele Menschen in der Beliebtheit des aktuellen *Anything goes* vermissen (1). Dass dabei die überkommenen (und – z.B. im *Fascho-Rock* unreflektiert – übernommenen) Ausprägungen und (Vor-)Bilder zumeist hoffnungslos anachronistisch (2), völlig inkompatibel der heutigen Lebensweisen und so letztlich kaum wirklich zu-eigen zu machen sind, das tritt zunächst einmal in den Hintergrund (zumal das den alten Symbolen innewohnende Provokationspotential sich als noch sehr wirkmächtig erweist und natürlich gerade für Jugendliche eben dadurch einen kaum zu unterschätzenden Reiz besitzt).

- (1) So sehen viele Sozialwissenschaftler neben den sozialen vor allem auch in den sog. psychischen Modernisierungsverlierern das Reservoir für rechte Ideologien (d.h. unter solchen Menschen, die – ökonomisch zwar hinreichend gut situiert – dennoch den psychologischen und intellektuellen Orientierungsanforderungen der modernen (Medien-)Gesellschaft nicht mehr gewachsen sind und die sich so vor der Reiz- und Informationsüberflutung abzuschotten suchen durch bewusste Abgrenzungsstrategien – in ihrer Wahrnehmung wie auch in ihrem Denken). Schon Adorno schrieb in den „Studien zum autoritären Charakter“: „Die...Aufgabe, das ‚Unverständliche‘ zu verstehen, führt zu einer paradoxen Lösung, die die Sackgasse erkennen lässt, in die viele Menschen geraten. Das Individuum tendiert dazu, zwei Tricks anzuwenden, die einander widersprechen: Stereotypie und Personalisierung, also Wiederholung infantiler Muster !... Stereotypie lässt sich durch Erfahrung nicht ,korrigieren‘; erst muss die Fähigkeit restituiert werden, Erfahrungen zu MACHEN !“

- (2) Es steht jedoch zu befürchten, dass die neofaschistische Ästhetik wohl bald schon zeitgemäßere Ausprägungen annehmen wird – wobei allerdings kaum anzunehmen ist, dass sich eine solche Transformation ausgerechnet in einer Szene wie jener der Skinheads er-

eignen wird, sondern wohl eher in den (heute überall sich konstituierenden) Intellektuellenzirkeln der sog. *Neuen Rechten*.

Feindbilder

Die Songtexte präsentieren wohlfeile Feindbilder und zur Gewaltanwendung Argumente des moralischen Freispruchs (1).

„Neger, Drogen, linkes Gesocks – die Liste wird niemals enden. Die wahren Deutschen...den Bach runtergehen...!“ (Warum ?/Sperrzone)

- (1) Die drei Jugendlichen, die im Oktober 1991 in Hünxe zwei libanesische Mädchen durch Brandsätze verstümmelten, gaben zu Protokoll, sich vor der Tat erst enthemmt und in die rechte Stimmung gebracht zu haben: mit Bier und dem Song *Bomberpilot der Böhsen Onkelz*.

Der/Das Fremde: Die große Flut, der Untermensch und das deutsche Blut

Der Bielefelder Jugendforscher W. Heitmeyer definiert: Rechtsextremismus = Ungleichheit-sideologie + Gewaltbereitschaft !

„Das Verhältnis zum Fremden...ist abhängig von dem, was an uns selbst fremd ist. Das ‚innere Ausland‘ (Freud) bestimmt entscheidend, wie Ausländer erfahren werden...So kann...verdrängt werden, was gesellschaftlich tabuisiert ist oder das eigene Selbstbild zu sehr bedroht. Dies dem Bewusstsein Entzogene kann wiederkehren, indem es auf Fremde projiziert wird, indem es also jemandem untergeschoben wird. Im Bild des bedrohlichen Fremden kann dann die verdrängte eigene Aggressivität wiederkehren. Wo geltende Regeln nur widerwillig akzeptiert werden, kann er als Rechtsbrecher erscheinen, wo man viel arbeitet, erscheinen Ausländer leicht als faul (1), wo man den Mund halten muss, gelten sie als laut, wo das sexuelle Begehren nicht gelebt werden kann, erfährt man ihre Triebhaftigkeit als bedrohlich !“ (G. Vinnai, Sozialpsychologe)

„Die Fremden machen unser Land zunichte, was habt ihr gegen unsere Geschichte...!“ (Flut/Radikahl)

„Sie fressen ständig Knoblauch und stinken wie ‚ne Sau. Sie kommen hier nach Deutschland und leben hier für lau. Sie bauen hier nur Scheiße und machen hier nur Dreck. Man muss sie einfach töten, alles andere hat keinen Zweck...!“ (Kanacken-Song)

„Deutsches Blut darf nie vergehn auf dieser Welt, Deutschland muss zusammenstehn, ganz egal, was auch geschieht...!“ (Deutsches Blut/Kahlkopf)

„Deine Rasse zu verscheinasyllanten (2), wo denn genau leben wir ? Dunkle Gestalten, wohin Du schaust, beiß auf die Zähne, ball Deine Faust. Wir lassen uns nicht vertreiben, wir werden in Deutschland Sieger bleiben...“ (Helden/Kahlkopf)

„In mir drin, da tut es weh, wenn ich heut so um mich seh. Ausländer, Aussiedler (3) und Asylanten, selten trifft man noch einen Bekannten...“ (Volk steh auf/Werwolf)

„Bald sind Asylanten unsere Herren. Parasiten, das sind sie, arbeiten, das wollen sie nie (1)...!“ (Parasiten/Stuka)

„Der Ausländer hat jetzt Deinen Job (1), und der kriegt dafür auf'n Kopp...!“ (Du bist stolz/Kraftschlag)

„Sag das Zauberwort Asyl, niemand kann uns halten, wir werden untergehn, das Boot fängt an zu sinken...!“ (Asyl/Commando Pernod)

„Überall, wohin Du siehst, siehst Du wie Dein Land überfließt. Fremde Völker nisten sich ein und behaupten auch noch, deutsch zu sein...!“ (In ein paar Jahren/Störkraft)

„Steuerabgaben für eine Ausländerflut, uns wird das Geld aus der Tasche geklaut. Sie bringen Drogen mit sich, den Dreck, die Gewalt...Sie erheben sich aus dem Untergrund, drängen uns bis an den Rand, diese Gäste voll Dankbarkeit wollen die Herrschaft auch in diesem Land...!“ (Warum ?/Sperrzone)

„Unsere Kultur ist 1000 Jahre alt , doch viele Schwarze sitzen heute noch im finsternen Urwald. Raus mit den Ausländerhuren, raus mit der Asylantenflut, weg mit dem Ausländerpack, denn in Deutschland erwacht die deutsche Wut. Deutschland erwache...!“ (Ausländerhure/Kraftschlag)

(1) Die Rede, wonach uns das „arbeitsscheue Ausländerpack die Arbeitsplätze wegnimmt“, die Rede hört man nicht nur in Skinhead-Liedern. („Die Flüchtlinge, ebenso wie die objektiv Schwachen, werden regelmäßig herrischen Wesens und des Strebens nach Macht beschuldigt...Es ist das Bild des Flüchtlings, der stark und schwach zugleich ist !“ (Adorno).

(2) Begriffe wie „(Schein-)Asylant“ (- auch in bewusster Assoziation zum Wort „Asozialer“ -), „das Boot ist voll“ oder die „Ausländer-Flut“ wurden ohne Zweifel dem Vokabular der Politiker und Journalisten in der öffentlichen Debatte um die Einwanderungsproblematik entnommen.

(3) Vor 1989 galten die *Russland- und Polen-Deutschen* ja gerade in der rechten Szene noch als unsere *deutschen Bluts-Brüder*, die es *heim ins Reich* zu holen galt !

Im Hass auf alles Unterprivilegierte, Ohnmächtige und Stigmatisierte steckt immer auch unausgesprochen die Aversion gegen das Schreckbild einer möglichen eigenen Zukunft.

Der Abschaum: Penner, Junkies, Schwule, Krüppel...

„Er ist durchtrainiert und abgerichtet, nur abgerichtet um zu vernichten, Kampfhund, Bestie aus Fleisch und Blut...Schlechte Zeiten für den Abschaum im Land...Es erwartet sie eine höllische Qual...!“ (Kampfhund/Störkraft)

„Da kommt der Paul mit seinem ROLLSTUHL an. Ich stech ihm beide Reifen platt...Jetzt tret ich zu, jetzt ist er satt...!“ (Die Sau von nebenan/Kahlkopf)

„Frauen mit Schwänzen, Männer mit Fotzen, das sind Transvestiten, die find ich zum Kotzen...!“ (Endstufe)

„Am Tresen gegenüber glotzen dunkle Penner herüber, doch sie werden beim Pogo schwitzen, wenn wir ihnen ihren Arsch aufschlitzen...!“ (Pogo gegen Mitternacht/Werwolf)

„Dreckige Fixer (1) in der dunklen Gasse, deutsche Jugend versinkend in den Straßen...“ (Wach auf/Märtyrer)

„Gewalt in den Straßen, Gewalt in den Schulen, Asylantenzustrom, Ehe zwischen Schwulen, millionenschwere Dealer, Massenarbeitslosigkeit – ist das das Ende der Nation ?...!“ (Ende der Nation/Freikorps)

(1) Der Ächtung von Drogen steht (- auch das in unserer Gesellschaft ja durchaus üblich -) die Hingabe an das *Kulturgut Bier* gegenüber (Den Streit um das angemessene Rauschmittel – Alkohol oder Marihuana -, den gab es schon zwischen *Trojan-Skins* und *Rastafari*).

Die Linke: Punker, Zecken und der Geist (und die Musik) von Woodstock

Mit „den Linken“ ist zum einen politisch gemeint die Anhängerschaft kommunistischer, sozialistischer oder pädagogisch-sozialreformerischer (68er) Ideen, zum anderen aber ist „Links“ auch

ein Etikett für gegnerische Jugendcliquen (vor allem die Punks), ohne dass hierbei konkret auf ein politisches Credo rekurriert wird. Zu bedenken ist hier natürlich auch, dass in der Ex-DDR der Begriff „Linker“ eine durchaus andere Konnotation besitzt als in den westlichen Bundesländern.

„Ich bin froh, dass ich kein Linker bin, denn alles Rot ist Phantasterei...!“ (Linke/Wotan)

„Die rote Masse nimmt drastisch ihren Lauf, drum zögere nicht länger, jede Stunde tut not. Dann sei viel LIEBER TOT ALS ROT...!“ (Mann für Mann/Störkraft)

„Ich bin Skinhead, ist doch klar, ich find mich einfach wunderbar. Ich kann Kommunisten nicht ertragen und will Punkern in die Fresse schlagen...!“ (Skinhead/Endstufe)

„Rote Flut will uns ertränken, doch wir werden Wellenbrecher sein, Frauen und Kindern die Zukunft erhalten, im Land, das wir lieben, Deutschland...!“ (Helden/Kahlkopf)

„Dunkelheit auf Deutschlands Straßen, wenn die linken Zecken schlafen, ziehen wir uns den Fusel rein und treten alles kurz und klein. Nur noch Schutt und Asche bleibt, wo einst die Hafestraße war. Deutschland braucht uns Skinheads mehr als ein Riesen-Bullenheer...!“ (Du bist stolz/Kraftschlag)

„Punks sind dreckige Schweine, Punks sind der Abschaum der Stadt. Ihr rotes Scheißpack, ich hab euch satt. Sein Kiefer zersplittert durch die Doc-Stahlkappe, jetzt noch einen Eiertritt, dann liegt er auf der Matte. Er blutet aus'm Schädel, doch bewegt sich noch, dann tret ich noch mal rein..., immer auf'n Kopf. Und nach diesem Vorfall heißt es dann gleich wieder ‚Rock gegen Rechts‘...!“ (Scheiß Punks/Kraftschlag)

„Skinheads erwachen und scheißen auf die Hippie-Musik...Deutschland erwache und schmeiß die Acid-Musik raus...!“ (Skinhead Rock'n Roll/Endstufe)

„...gegen Spießertypen und Neumondleute...!“ (Unser Land/Oi Dramz)

Die-da-oben: Politiker, Lehrer, Medien...

Richteten sich die Aversionen und Aggressionen früherer Jugendbewegungen immer zuerst an die Adresse der *Autoritäten*, so sind dagegen in der aktuellen rechtsradikalen Szene Angriffe auf die eigentlichen Machthaber weitaus seltener – und wenn, dann erfolgen sie bezeichnenderweise zumeist in direktem Zusammenhang mit der erhobenen Forderung an *Die-da-oben* nach Beistand im Kampf gegen *Die-da-unten*.

„...und Die-da-oben, die da sitzen, kommen auch noch dran...!“ (Trotz Verbot nicht tot/Kraftschlag)

„Hey Du lächelndes, aalglattes, korruptes Schwein, Du musst ein Politiker sein...!“ (Kettenhund)

„Kameraden, es ist Zeit zu handeln, was man da sieht, das kann man nicht glauben, Scheinasyllanten, die uns berauben, hirnlose Politiker, die so etwas zulassen, doch es gibt da noch Skinheads, die Ausländer hassen...An diesem Hass sind nur die Politiker schuld, durch sie verliert das Volk die Geduld...!“ (Es ist Zeit zu handeln/Stuka)

„Gewalt überall, wohin ich gehe, in jedem Menschen, den ich sehe...Gewalt ist ein Weg des Lebens. Selbst der Staat brauch Gewalt und er schickt seine Bullen, ist eigentlich alles vergebens...!“ (Gewalt/Endstufe)

„Der ganze Umerziehungs-dreck beeinflusst uns nicht. Manche glauben diese Scheiße, doch wir tun es nicht...!“ (Kraft für Deutschland/Noie Werte)

„Auch in den Medien kannst Du es sehen, sie wollen Dich alle nicht verstehen...Immer wieder kannst Du es hören, sie wollen unseren Kult zerstören...!“ (Tätowiert und kahlrasiert/Werwolf)

„Wer es nicht schafft, uns zu verstehen, soll besser aus dem Weg uns gehen. Sonst ist er,

ehe er es begreift, längst schon von uns eingeseift...!“ (Working Class/Endstufe)
 „Es heißt, unser Staat sei demokratisch, und jeder hätte frei zu sein. Doch denkt man ihm zu national, buchtet er einen ein...!“ (Mein Land/Noie Werte)

Antisemitismus

Antisemitismus ohne Juden – ein altbekanntes Phänomen. In Deutschland leben heute kaum mehr als 40 000 Bürger jüdischen Glaubens. D.h. in der Alltagserfahrung Jugendlicher ist „Der Jude“ in persona so gut wie inexistent, was aber eben nicht verhindert, ja, was sogar dem noch Vorschub leistet, dass gerade „Der Jude“ zum idealen Objekt der Projektion taugt und als *Sündenbock* (bzw., wie gehabt, als potentieller *Weltverschwörer*) hergenommen werden kann.

„...und eines Tages stürzen wir Zions Thron...!“ (Trotz Verbot nicht tot/Kraftschlag)
 „Blut muss fließen knüppelhagedick, wir scheißen auf die Freiheit dieser Judenrepublik...!“ (Endsieg)
 „Wetz die langen Messer auf dem Bürgersteig. Lass die Messer flutschen in den Judenleib. In der Synagoge hängt ein schwarzes Schwein. In die Parlamente schmeiß die Handgranaten rein...!“ (Endsieg)

Unter Froinden

Kameradschaft: Wir vs. Die

Wie Studien in Übereinstimmung belegen, ist für Heranwachsende die Peer-Group (die Gruppe der Gleichaltrigen) für die Ausbildung von Wertmaßstäben und Weltbildern in den letzten Jahrzehnten zunehmend bedeutsamer geworden (1); zuletzt in einem solchen Maß, dass dagegen der Einfluss von Eltern oder Lehrern fast zu verschwinden droht.

Zugleich ist zu beobachten, dass die Kluft zwischen *In-Group* (der man sich zugehörig fühlt) und *Out-Group* (der anderen Clique) immer kategorischer genommen und immer gewaltbereiter aufrechterhalten wird.

Gerade neofaschistische und nicht zuletzt auch paramilitärische Gruppen suggerieren Jugendlichen die Geborgenheit fester sozialer Strukturen und propagieren ihre Weltanschauung unter dem Etikett *Kameradschaft*.

„Denn unter Froinden, ja, da gibt's festen Halt, unter Froinden, da wird man niemals alt. Bedrückende Stunden, die gibt es bei uns wohl, doch da hilft unser Freund, der Alkohol. Wo es auch scheppert, wie es auch kracht, von ihnen wirst Du niemals ausgelacht...!“ (Unter Froinden/Störkraft)

„Zu Gruppen geschlossen, die Fäuste geballt, die Haare geschoren, Zusammenhalt. Zusammenhalt ist unsere Stärke, Zusammenhalt gibt uns die Kraft, Zusammenhalt gibt uns die Macht...Skinhead-Power, der muss sein, denn Skinhead bedeutet, vereint zu sein !“ (Zusammenhalt/Endstufe)

„In der Hand den Alkohol, so fühlst Du Dich richtig wohl. So ziehen wir los mit unserer Clique und scheißen auf eure dummen Blicke...!“ (Tätowiert und kahlrasiert/Werwolf)
 (Signifikant häufig ist in den Songtexten das „Wir-Gefühl“ verknüpft mit einem Lob des „Freundes Alkohol“.

(1) In diesen Kontext gehört auch die sozialwissenschaftliche These, wonach in den letzten

Jahrzehnten eine zunehmende Entgrenzung der Jugendphase zu beobachten ist. D.h. durch längere Ausbildungszeiten und (gravierender noch) durch verbreitete Jugendarbeitslosigkeit verschiebt sich der Eintritt in ein geregeltes Erwachsenenleben bei einer steigenden Zahl von Jugendlichen bis weit über das zwanzigste Lebensjahr hinaus, wodurch die biographischen Perspektiven für den Einzelnen immer unabsehbarer werden. In dieser unbehaglichen Situation nun bekommt gerade die Clique immer mehr den Charakter einer Solidargemeinschaft auf Dauer.

Fußball-Hooligans

Viele Skinhead-Bands der ersten Stunde entstammen der Fußball-Hooligan-Szene. Das entscheidend Reizvolle an diesem Umfeld ist es wohl, dass man hier ein klares Feindbild vorfindet, völlig entlastet von jeder Definitions- und Legitimationsproblematik. (Durchaus gesellschaftlich akzeptiert ist der Grundsatz, wonach der Fan einer Mannschaft damit selbstverständlich zugleich der Gegner aller anderen Schlachtenbummler zu sein hat).

„Eine Masse voller Hass, voller Wut, die alles für die Mannschaft tut. Ob mit Fäusten, Knüppeln oder Stiefeln, es wird das Blut des Gegners fließen. Für die Mannschaft, für das Land erheben die Fans ihre rechte Hand. Es herrscht beim Fußball die Gewalt...!“ (Hooligans/Störkraft)

„Wir stehen in unserem Block und singen unsere Lieder, wir stehen zusammen und machen alles nieder. Fußball und Gewalt, blutige Schlachten entwallt...Zerschlagt den Anderen das dumme Gesicht...!“ (Fußball und Gewalt/Böhse Onkelz)

Arbeiterklasse

Die Skinheadbewegung rekrutierte sich ursprünglich fast ausschließlich und rekrutiert sich auch heute noch überwiegend aus Arbeiterkindern. Das pathetisch fiktive Bild des Arbeiters, wie es sich in den Liedern manifestiert, stammt, wie ja letztlich alle Ingredienzien der hier kolportierten Weltanschauung, aus der Tradition des 19. Jahrhunderts und ist in der modernen Dienstleistungsgesellschaft so sicher nicht mehr aufzufinden.

(Zum Skinhead-Outfit zählen dann auch neben den breiten Hosenträgern/Braces vor allem die Doc Martens-Arbeitsstiefel(Boots der Londoner Hafenarbeiter).

„Im Arbeiterviertel ist er geboren, zum Skinhead ist er auserkoren...Er ist so, wie er ist, doch die oberen Schichten verstehen ihn nicht,...Arbeiterklasse, Arbeiterklasse, die härteste Klasse, geboren auf der Straße...!“ (Arbeiterklasse/Störkraft)

„Noch halten wir zusammen, noch haben wir unseren Spaß, wir sind ganz die Alten, wir sind Working Class...Wir tragen Boots & Braces, wir sind Working Class...!“ (Skinheads/Body Checks)

Rechte Parteien

Anders als etwa in England, wo seit Mitte der 70er Jahre (insbesondere durch die Person des *Skrewdriver*-Sängers Stuart-Donaldson) die rechte Rockmusik immer eng verstrickt war in die Strukturen extremistischer Rechtsparteien, war dieser Einfluss in Deutschland lange Zeit wesentlich geringer. Mittlerweile jedoch haben Politaktivisten wie Torsten Lemmer, die beiden

ehemaligen FAP-Funktionäre Karl Polacek und Thorsten Heise oder der Führer der *Sozialrevolutionären Arbeiterfront* Andreas Pohl (selbst Skin-Rocker) das Terrain für sich sondiert.

„...und es gründen sich neue Rechtsparteien, für die deutsche Freiheit, ja, so soll es sein...!“ (Trotz Verbot nicht tot/Kraftschlag)

Im Gegensatz zu früheren Jugendbewegungen, die ihre Auf-/Ausbrüche stets von (sozial) gesichertem Terrain aus starten und die jedes Sicherheitsdenken zunächst einmal getrost als spießig und für die eigenen biographischen Perspektiven als irrelevant abtun konnten, sieht sich die heranwachsende Generation heute in eine mit unwägbareren Risiken (- s. U. Beck's Rede von der „Risikogesellschaft“) behaftete und in höchstem Maße unübersichtliche Lebenswelt hineingestellt. Dies spiegelt sich auch in den Texten. Etwa in der ständig wiederkehrenden signifikanten Gegenüberstellung von euphorischen Schilderungen des ungebunden-zügellosen Cliquenlebens einerseits und dem unverhohlenen Wunsch nach geordneten Verhältnissen (mit Frau, Kind, Heim & Beruf) andererseits.

Europe awake: von der Deutschtümelei zur Festung Europa

Während man unter Deutschlands Rechtsradikalen noch auf „Deutschland, Deutschland über alles in der Welt“ setzt, heißt es im Repertoire englischer Bands wie Skredriver längst schon „Europe awake“. Die rechtsextremistische Jugendkultur ist ein gesamteuropäisches (und nordamerikanisches) Phänomen, und so ist es sicher kein Zufall, dass gerade in dieser Szene die Idee von einer „Festung Europa“ unheimliche Gestalt annimmt.

(Europe awake/Tomorrow belongs to us – No Surrender Vol. 4 – so heißt dann auch ein Fascho-Rock-Sampler mit Aufnahmen diverser deutscher und englischer Bands).

„Für die Reinheit unserer Rasse sind wir bereit, zu den Waffen zu greifen...Für Deutschland und Europa, so soll es diesmal sein, für die Wiedergeburt des Guten, stolz, weiß und rein...!“ (Trotz Verbot nicht tot/Kraftschlag)

„Gemeinsam stehen wir für die nordische Macht, das Feuer der Reinheit ist in uns entfacht. Wir sind stolz, stark, arisch und rein und absolut stolz darauf, weiß zu sein. Wir sind Klansmen, weiße Rasse, weißes Blut. Wir sind Klansmen, watch out black man und sei auf der Hut...Ein brennendes Kreuz erhellt die Nacht. White Power – Weiße Macht...Denn der weißen Rasse haben wir's geschworen, und in Deutschland, da bin ich geboren...!“ (Klansmen/Kraftschlag)

Fascho-Bands gibt es längst in allen europäischen Ländern: (um nur einige zu nennen)

England – (neben Skrewdriver und No Remorse) Battle Zone / Brutal Attack / Die-Hards / Skullhead

Frankreich – Brutal Combat / Evil Skins / Legion 88 (1)

Italien – Peggior Amico / Verde-Bianco-Rosso

Russland – Der mittlerweile verstorbene, sehr populäre Opo-Barde Talkov hatte enge Beziehungen zur rechtsextremistischen Bewegung Pamjat. Vor allem auch Schirinowski sucht immer wieder ganz bewusst die Nähe zur faschistischen Musikszene – medienwirksam mischt er sich unter das Publikum des Heavy-Metal-Rassisten Troitsky, oder er fungiert selbst (über Strohmänner) als Veranstalter solcher Konzerte, und als Chefredakteur der Jugendzeitschrift seiner Partei engagierte er den Rechtsrocker Jerikov.

(1) Die 88 steht hier für zweimal H (den 8. Buchstaben des Alphabets) – also für HH, will heißen: „Heil Hitler“ !

(Die Band hat engen Kontakt zur neofaschistischen Organisation PNFE).

DIE KOMMUNE VON PESHAWAR 1930

Die Rothemden-GandhianerInnen des Abdul Ghaffar Khan

Im Zuge des US-Krieges gegen Afghanistan wird seit geraumer Zeit über die pakistanische Grenzstadt Peshawar als einem Zentrum des terroristischen Islamismus berichtet. Vergessen ist, dass Peshawar auch eine gegenteilige Geschichte hat, als Zentrum eines gewaltlos-libertären Aufstandes gegen die britische Kolonialmacht, initiiert von den sogenannten „Rothemden“-GandhianerInnen und inspiriert von der gewaltlosen Koran-Interpretation des Abdul Ghaffar Khan, der zudem ein Pashtune (damals Pathanen genannt) ist, also zu der Volksgruppe zählt, der heute schon quasi biologisch ein Hang zur Brutalität zugeschrieben wird, um den Krieg gegen sie zu begründen. Die Rothemden wurden 1929 gegründet und hatten bereits 1930 ihren Höhepunkt in der Kommune von Peshawar, in welcher die Rothemden gewaltlos britisches Militär zur Desertion verleiteten und für kurze Zeit die Stadt Peshawar selbst verwalteten, bis die Briten neue und loyale Truppen heranzführten.

Ein islamisches Programm für Gewaltfreiheit

Die Kommune von Peshawar fand im Rahmen der Salzrevolution Gandhis 1930 statt. Obwohl Khan ständig Kontakt zu Gandhi hatte, waren die Rothemden doch immer eine eigenständige und vor allem islamische Bewegung. Erst 1938 besuchte Gandhi die damalige Nordwest-Grenzprovinz des Kolonialreiches und fand eine entwickelte gewaltfrei-islamische Bewegung vor. Der Islam kannte weder ein Konzept der Nicht-Gewalt (ahimsa) noch die religiös motivierte Leidensbereitschaft des Hinduismus. Doch der kriegerische Charakter der pathanischen Volkstämme, die sich vor Khan oftmals selbst bekämpften, verwandelte sich in einen entschlossenen Glauben in die Macht des moralischen Zwanges, eine Art „Heiliger Krieg ohne Waffen“. In die Trainingsprogramme der Rothemden wurden Koran-Zitate eingebaut, die den islamischen Friedensbegriff ausmalten. Dazu Khan im Gespräch mit einem militanten Muslim:

„Er kritisierte mich stark und sagte, dass ich den Geist des Islam unterminiere, wenn ich Gewaltfreiheit zu den Pathanen predige. Ich sagte ihm, er wisse nicht, was er sage und dass er das nicht sagen würde, wenn er mit eigenen Augen die wundervolle Transformation gesehen hätte, die die Idee der Gewaltfreiheit inmitten der Pathanen bewirkt hat und ihnen eine neue Vision von nationaler Solidarität gegeben hat. Ich zitierte Absätze und Verse aus dem Koran, um die große Bedeutung aufzuzeigen, die der Islam dem Frieden beimisst. Er ist sein zentraler Kern. Ich zeigte ihm weiterhin, dass die größten Persönlichkeiten in der islamischen Geschichte eher durch ihre Entbe-

hrungen und ihren Verzicht bekannt wurden als durch ihre Brutalität. Die Antwort machte ihn sprachlos.“

Die Rothemden übernahmen das islamische Ziel des Friedens, das der Philosoph Syed A. Ali so formulierte:

„Um ein richtiges Verständnis der Religion Muhammads zu erreichen, ist es nötig, den wahren Gehalt des Wortes Islam zu erkennen. Salaam (salama) heißt erstens ruhig sein, ruhen, seine Pflicht getan zu haben, mit sich in vollständigem Frieden sein; zweitens sich Gott hinzugeben, mit dem der Frieden gemacht wird. Das Hauptwort, das davon abstammt, heißt Frieden, Geborgenheit, Erlösung. Das Wort bedeutet nicht, wie oft angenommen wird, bedingungslose Unterwerfung unter den Willen Gottes, sondern ganz im Gegenteil das Kämpfen für Gerechtigkeit.“

Abdul Ghaffar Khan wird als eine tolerante Person geschildert, der die MuslimInnen nicht von der Welt absondern wollte, sondern sie zur Zusammenarbeit mit anderen Religionen aufrief. So beteiligten sich die Rothemden an vielen Kampagnen zur Verständigung zwischen MuslimInnen und Hindus, und bei ihnen selbst wirkte eine hinduistische Minderheit mit. Dieser Universalismus Ghaffar Khans wirkte sich positiv auch dahingehend aus, dass die islamische Absonderung der Frauen in islamischen Organisationen (Purdah) überwunden wurde. Frauen waren Mitglieder der Organisation und beteiligten sich gleichberechtigt an den Aktionen.

Die Kämpfe um Peshawar 1930

Im März 1930 begannen die Aktionen der

Rothemden in Peshawar mit der Belagerung von Alkoholläden, Prozessionen und Generalstreiks. Pathanische Frauen standen direkt vor den Polizeireihen oder lagen auf dem Boden und hielten den Koran hoch. Nachdem Ghaffar Khan auf mehreren Kundgebungen gesprochen hatte, wurde er in der dritten Aprilwoche verhaftet. Das führte jedoch zu verstärkten Demonstrationen. Selbst britische Truppen, die in die Menge schossen, konnten die Bewegung nicht mehr aufhalten, wie ein britischer Bericht zeigt: „Am 23. April brachen in der Innenstadt Peshawars Unruhen aus. (...) Es waren Truppen in der Stadt, aber dreißig Stunden später wurden diese abgezogen – zwei Einheiten des Garwhal-Regiments hatten sich geweigert, der Polizei zu helfen. (Die Aufständischen) hatten daher die praktische Kontrolle der Stadt übernommen. Freiwillige wurden in den Hauptstraßen postiert, um den Verkehr zu regeln, Patrouillen streiften nachts durch die Straßen und Erklärungen wurden jeden Tag an den wichtigsten Plätzen plakatiert, um Ereignisse von öffentlichem Interesse bekannt zu geben. Dieser Zustand dauerte neun Tage.“ (zitiert nach Bondurant)

Der Bericht verschweigt, dass die Patrouillen der Rothemden alle unbewaffnet waren. Dass Soldaten des renommierten Garwhal-Regiments massenweise den Feuerbefehl auf die Rothemden und die spontan sich solidarisierenden Massen verweigerten, schockte die Briten derart, dass sie eine ganze Truppeneinheit und ein Luftwaffenkontingent von Risalpur neu heranzuführen mussten. Diese Zeit nutzten die Rothemden, eine Art Parallelregierung zu etablieren. Auf dem Lande um Peshawar starteten sie eine Kampagne für Steuerboykotts und den Boykott von Abgaben an die Regierung für

bereit gestellte Bewässerungsanlagen. Die Rothemden eröffneten Steuerbüros und sammelten Steuern von den Landbesitzern.

Als die neuen Truppen herangeführt waren, begann eine der schlimmsten Repressionswellen in der Kolonialgeschichte. Trotzdem war die Kommune von Peshawar einer der Hauptgründe dafür, dass die Briten in den dreißiger Jahren erste Formen kommunaler Selbstverwaltung für InderInnen zuließen – der erste Schritt zur Unabhängigkeit.

In der aktuellen Diskussion um den „Krieg der Kulturen“ hat der US-amerikanische Regierungsberater Samuel Huntington an einer Stelle in seinem Buch geschrieben, dass alle wirklich neuen Ideen des 19. und 20. Jahrhunderts zugleich westliche Ideen seien, ob es sich nun um Liberalismus, Demokratie, Menschenrechte, Marxismus oder Anarchismus handele. Nur wer über die unterdrückten Kämpfe, ihre Ideen und Inspirationsquellen auf der ganzen Welt etwas weiß, kann dieser rassistischen Diktion, die heute zur ideologischen Untermauerung des Krieges gegen den Terror verwandt wird, etwas entgegensetzen: sorgen wir dafür, dass weder Anarchismus noch Gewaltfreiheit von sozialen AktivistInnen in aller Welt als fünftes Rad am Wagen des Westens wahrgenommen werden.

Fang

(aus: „Graswurzelrevolution“
Nr. 263,

November 2001.

Kontakt: GWR, Breul 43, 48143
Münster, www.graswurzel.net)

graswurzel revolution

monatszeitung für eine gewaltfreie,
herrschaftslose gesellschaft

★ widerstand gegen staat und krieg ★ ökologie
★ antirassismus und antisexismus ★ gewaltfreier
anarchismus ★ concert for anarchy u.v.m.

Jahresabo 45 DM (10 Ausgaben)

Schnupperabo 10 DM (3 Ausgaben)

GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11,

D-53947 Nettersheim

www.graswurzel.net

DAS GEFÄNGNISSYSTEM DER TÜRKEI

Ein Blutspur von Folter und Mord
Von SALMAN UZUNGELIS

Als wir – Freunde und Genossen des Internationalen Freundschaftsvereins (IFV) am 10. 11. den Film „Die Mauer“ von Yilmaz Güney sahen, der über den grausamen und blutigen Terror gegenüber den Gefangenen in den Knästen der Türkei berichtet, waren alle anschließend zutiefst erschüttert und aufgerüttelt.

Dieser Film, der letzte, bei dem Güney Regie geführt hat, wurde in Paris in einem Gebäudekomplex gedreht, der zwar kein ‚echtes‘ Gefängnis der Türkei war, aber in beeindruckender Weise die Atmosphäre des Gefangenseins innerhalb eines terroristischen Zuchthaussystems verdeutlichte. Der Widerspruch zwischen dem mühsam versuchten Anschein einer zivilen Gefängnisordnung und der darunter verborgenen grausamen Brutalität der Wärter, der zynischen Unterdrückung der Gefangenen und der latenten – nicht nur sexuellen – Gewalt an den Gefangenen wurde besonders dadurch deutlich, dass eine Gruppe von Kindern, 8-12jährige Jungen, die ‚Helden‘ dieses Film darstellen.

Trotz aller Schikanen und aller Misshandlung träumen sie davon, dieser Hölle zu entgehen und versuchen Ausbruch und Revolte, die blutig niedergeschlagen wird.

Einer der Höhepunkte des Films ist ein Aufstand der politischen Gefangenen, der ebenfalls durch die Kugeln des Wachpersonals und die Knüppel der Aufseher beendet wird. Wenn wir die heutige Situation in der Türkei mit dem damaligen Film vergleichen, müssen wir feststellen, dass die mörderische Haltung des türkischen Staates gegenüber den Gefangenen sich noch weiter verstärkt hat.

Seit über einem Jahr, seit dem 20. Oktober 2000, kämpfen politische Gefangene in der Türkei gegen die Einführung der Isolationshaft durch die sogenannten F-Typ-Gefängnisse. Sie begannen mit dem Wissen, dass sie in diesem Kampf vielleicht sterben werden, aber auch mit der Sicherheit, dass nur ihr Widerstand die Einführung der Isolationshaft – des „stillen Todes“ – aufhalten kann.

Am 19. Dezember 2000 machte die türkische Regierung ihren Standpunkt klar. Sie schickten Militär in jeden Knast, in dem sich politische Gefangene im Hungerstreik befanden. Die Bilanz dieses Angriffs: 30 Tote, viele Schwerverletzte und die Zerschlagung der Gefangenenkollektive.. Die Militäroperation „Rückkehr ins Leben“ veränderte die Ausgangsbedingungen der Gefangenen, aber auch für alle, die ihren Widerstand unterstützen.

Inzwischen sind im Todesfasten weitere 42 Menschen gestorben, viele UnterstützerInnen wurden verhaftet und unter Druck gesetzt.

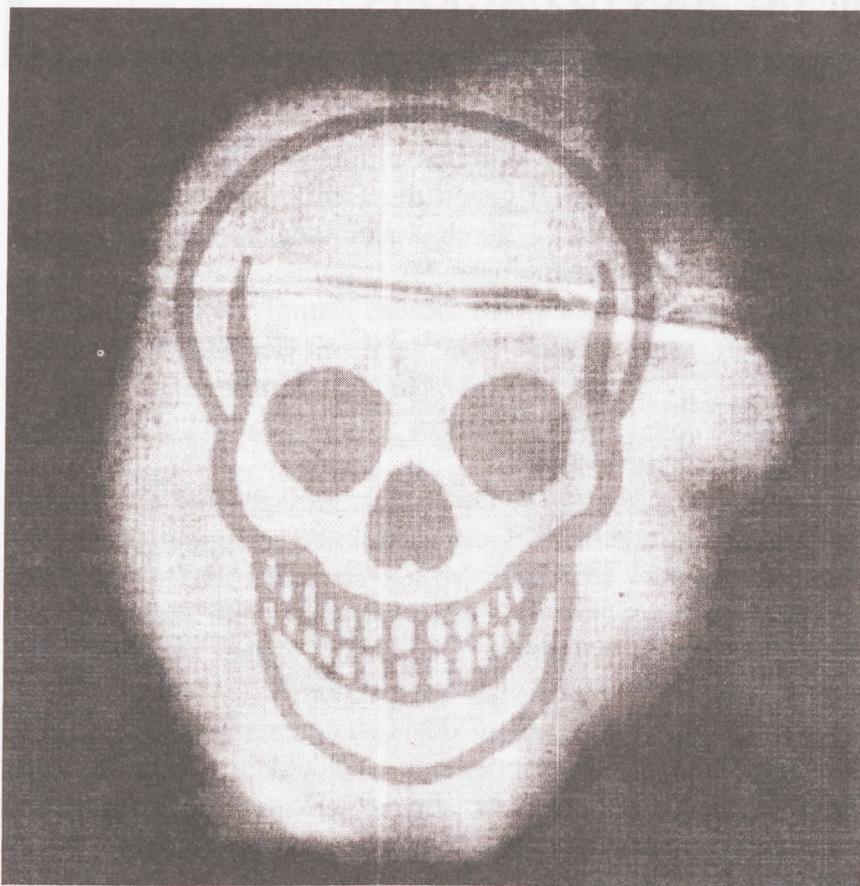
Nach jeder Beerdigungsfeier, nach jeder Solidaritätsaktion schlugen die Polizisten erneut zu. Den Widerstand aber konnten sie bis heute nicht vollends brechen.

Am 5. November holte die Regierung zum nächsten, bislang blutigsten Schlag nach dem 19. Dezember, aus. 3000 Polizisten drangen mit Panzern und Bulldozern in die „Widerstandshäuser“ von Küçük Armutlu, einem Armenviertel von Istanbul, ein, wo sich Angehörige und vorläufig Entlassene im Todesfasten befanden. Wieder wurden mindestens sechs Menschen ermordet, wieder gab es Schwerverletzte, wieder endete

dieser Tag für viele mit Schlägen und Folter.

Doch der türkische Staat verfolgt nicht nur die Todesfastenden mit Mord und Folter:

Am 16. Oktober wurde Yunus Güzel grundlos festgenommen und unter Folter verhört,



anschließend ermordet. Eine passende Lüge hatte man schnell zur Hand: Er sei ein Selbstmordattentäter, eine ‚lebende Bombe‘ gewesen.

Der kleinste Widerstand gegen Folter, Hunger und Unterdrückung ist in der Türkei eine Straftat. Diesen Widerstand bezahlt man mit dem Leben.

Die Menschen in der Türkei kennen diese Zustände schon lange. Seit Jahrzehnten „verschwinden“ Menschen bei Verhören und werden bei Verhören gefoltert. Zum Schluss meines Beitrags einige Beispiele:

1980: Hayrettin Eren wurde festgenommen und ist seitdem „verschwunden“.

1991: Yusuf Eristi wurde festgenommen und ist seitdem „verschwunden“.

1995: Düzgün Tekin wurde festgenommen

und ist seitdem „verschwunden“.

1996: Irfan Agdas, erst 17 Jahre alt, wurde während des Verkaufs der Zeitung Kurtulus auf offener Straße in Alibeyköy/Istanbul ermordet.

Neslihan Uslu, Mehmet Ali Aydosan, Metin Adans wurden am 18. März in Izmir/Cesme Alacati entführt, in ein Gebäude der Konterguerilla gebracht, dort unter schlimmster Folter verhört, später in ein Boot gesetzt und samt des Bootes in die Luft gesprengt und ermordet.

Erdinc Arslan wurde am 5. Oktober in seiner Wohnung in Adana mitten in der Nacht hingerichtet. Zuvor hatte sich die Polizei in der Wohnung gegenüber geirrt (man hatte vermutet, Erdinc Arslan dort zu finden) und ‚aus Versehen‘ Mustafa Bektas hingerichtet.

Am 29. Oktober hat die Polizei Sükrü Saritas ebenfalls auf offener Straße in Istanbul beim Verkauf der Zeitung Vatan ermordet.

2001: Ismail Karaman wird im Juli auf offener Straße ermordet.

Dies waren nur einige Beispiele, die aber in der deutschen Öffentlichkeit kaum bekannt gemacht werden. Sie beweisen, dass Folter und Ermordungen in der Türkei seit Jahren andauern und dies nach wie vor die Politik des türkischen Staates ist.

Wir rufen alle demokratischen Menschen und Organisationen auf, dem Staatsterror der Türkei entgegenzutreten.

Salman Uzungelis
(Stellvertretender Vorsitzender des
Internationalen Freundschaftsvereins)

DER TERRORISMUS SCHAFFT NEUE GEOPOLITISCHE STRATEGIEN

Was Moskau befürchtet

Nach den Attentaten vom 11. September hat Wladimir Putin schnell begriffen, was die weltpolitische Stunde geschlagen hat. Mit der Unterstützung der Antiterrorcoalition riskiert er zwar den Verlust fragiler Allianzen, vor allem im Hinblick auf die zentralasiatischen Republiken und den arabischen Raum. Aber eines ist klar: Moskau wird das Zweckbündnis der Antiterrorcoalition dazu benutzen, seine künftige Rolle auf der weltpolitischen Bühne auszubauen. Indes, mit dem Krieg in Afghanistan könnte es den USA gelingen, in Zentralasien Fuß zu fassen. Fraglich bleibt, ob nicht hier wie dort die alten Muster des Kalten Krieges auf strategische Entscheidungen abfärben.

Von NINA BASCHKATOW*

Die von den Selbstmordattentaten in New York und Washington am 11. September ausgelöste internationale Krise hat gezeigt, dass der russische Präsident Putin ein besonnener Politiker ist. Eingedenk der Trümpfe wie der Schwächen des eigenen Landes, hat er als einer der Ersten dem amerikanischen Präsidenten George Bush sein Beileid übermittelt und Kooperation im Kampf gegen den internationalen Terrorismus angeboten. Manche Beobachter meinten daraufhin voreilig, Putin sei bereit, Washingtons Konzept des „Kreuzzuges“ gegen den internationalen Terrorismus blanko zu unterschreiben. Aber Russland hat keinen Grund, sich unüberlegt in ein Abenteuer zu stürzen, dessen Folgen es zu spüren bekäme, ohne selbst die Zügel in der Hand zu halten.

Der russische Präsident hat von Anfang an verstanden, dass die Welt sich mit dem 11. September verändert hat und dass Russland sich darauf einstellen muss. Während vor der US-Botschaft, wo vor einiger Zeit noch Protestaktionen gegen die

Militärschläge in Serbien abliefen, Blumen niedergelegt und Kerzen aufgestellt wurden, saß Wladimir Putin auf dem Sommersitz der russischen Präsidenten in Sotschi und studierte die Analysen und Kommentare zu den jüngsten Ereignissen, im Hinterkopf noch die Gespräche mit den führenden Politikern der ganzen Welt. Sotschi wurde durch diesen hochsymbolischen Akt in eine Art russisches Camp David verwandelt. Putin spürte wie sein US-Amtskollege, dass seine Haltung in dieser Krise einen entscheidenden Test für seine politische Karriere darstellt.

In zwei Fernsehauftritten wurden die russischen Positionen umrissen. Am 22. September 2001 erklärte Putin, Russland habe „keine andere Wahl, als sich an der Koalition gegen den Terrorismus zu beteiligen, denn dieser kann nur durch eine geschlossene Front aller Kräfte der zivilisierten Welt besiegt werden.“ Eine Beteiligung mit eigenen Streitkräften komme jedoch nicht in Frage. Am 24. September, einen Tag vor

seinem sehr medienwirksamen Deutschlandbesuch gab er in einer Fünf-Punkte-Erklärung bekannt, wie Russland sich an der von Amerika angeführten internationalen Koalition gegen den Terrorismus zu beteiligen gedenke. (1) Jedes Wort war wohl abgewogen, keine Tür wurde zugeschlagen, um sich Rückzugspositionen offen zu halten, falls die USA überzogen und einseitig reagieren sollten. Moskau erklärte sich unter anderem bereit, den eigenen Luftraum für humanitäre Flüge zu öffnen. Besonders wichtig war das Angebot, nachrichtendienstliche Erkenntnisse über die Aufenthaltsorte internationaler Terroristen sowie ihre Infrastruktur und Ausbildungslager zu übermitteln. Gerade dieses Wissen veranlasste die russische Führung, zur Vorsicht zu mahnen und eher auf Hilfe von außen zu setzen, damit sich die Afghanen aus eigener Kraft von den Taliban befreien könnten. Russische Experten sind sogar überzeugt, dass jede direkte ausländische Intervention die Afghanen enger um den Mullah Omar rücken ließe und am

Ende sogar die Nordallianz veranlassen könnte, sich gegen die „Eindringlinge“ zu wenden. (2)

Sie plädieren für Zurückhaltung bei der Wahl der Mittel und fordern, die langfristigen politischen Folgen von bewaffneten Operationen, die über begrenzte und gezielte Schläge hinausgehen, stets im Auge zu behalten. Schließlich fürchten sie im Falle von zivilen Opfern eine Welle der Solidarisierung in

endgültig abzuschließen, weil man sicher war, dass die USA schweigend darüber hinwegsehen würden. Diese militärische Ausrüstung wird es Teheran nach russischer Einschätzung erlauben, „faktisch die Pipelines im Persischen Golf zu kontrollieren.“ (4) Die Vereinigten Staaten hatten selbstverständlich auch mit finanziellen Gegenleistungen gelockt und boten Russland eine rasche Aufnahme in die Welthandel-

lusionen) erhofft hatten, sondern vom Atlantischen Bündnis. Am Tag nach den Attentaten beschlossen die NATO-Botschafter einstimmig den Eintritt des Bündnisfalles nach Artikel 5 des NATO-Vertrags, der besagt, dass ein Angriff auf eines der Länder als Angriff auf alle verstanden wird. Durch diese Gleichstellung des Terroraktes mit einer Kriegshandlung wurde die NATO diskussionslos von einem Verteidigungs- in ein Sicherheitsbündnis verwandelt. Dieser Sieg für die Amerikaner war zugleich einer für die Russen, die sich – aus anderen Gründen – eine solche Entwicklung gewünscht hatten.



Schon vor dem Bomben Opfer: Afghanische Kinder

Foto: AP

den muslimischen Staaten, die der Antiterrorcoalition angehören. (3)

Als Gegenleistung für seine Zusammenarbeit könnte sich Russland die Unterstützung des Westens im Tschetschenienkrieg sichern, der auf der russischen Prioritätenliste weit vor der Krise um Afghanistan rangiert. Die westlichen Politiker räumten ein, dass im Tschetschenienkonflikt religiöser Fundamentalismus und internationaler Terrorismus eine Rolle spielen, sie versprechen überdies, die Geldhähne zuzudrehen, von denen die Rebellen profitieren. Moskau konnte sich sogar den Luxus leisten, einen Vertrag über Waffenlieferungen mit dem Iran

organisation WTO an.

Solche Vorteile lässt man sich natürlich nicht entgehen, doch an sich sind sie zweitrangig: Moskau möchte aus einer internationalen Krise, die in seinen Augen eine völlig neue strategische Balance herstellt, vor allem politisches Kapital schlagen und als voll berechtigtes Mitglied in den Kreis der Akteure aufgenommen werden, die „die Welt des 21. Jahrhunderts“ gestalten. Auf der europäischen Bühne bedeutet dies eine beschleunigte EU-Integration und vor allem eine qualitativ neue Zusammenarbeit mit der NATO.

Das Signal kam nicht von der Europäischen Union, wie es sich die Russen (ohne große Il-

Ein NATO-Beitritt

Russlands rückt näher

Nachdem Russland an einer von den USA angeführten Koalition beteiligt ist und der NATO-Generalsekretär den Terrorismus als ein Sicherheitsproblem akzeptierte, zielen die russischen Interessen auf neue Mechanismen, die Moskau direkter an den NATO-Entscheidungen beteiligen sollen. Daraus würde sich auch eine neue Perspektive für die Aufnahme ehemals kommunistischer Länder ergeben, die bisher von Russland abgelehnt wurde. Zweifellos werden diese Länder Mitglieder der NATO werden, doch das Bündnis wird dann ein anderes sein. Von einigen wird sogar ein Beitritt Russlands erwogen, etwa von Wladimir Lukin, ehemals Botschafter in Washington und heute stellvertretender Duma-Präsident, der damit „eine neue Sicherheitsarchitektur“ entstehen sieht. Wenn die NATO sich weiterentwickelt, müsste sich zudem auch die Europäis-

che Union verändern, da kaum vorstellbar ist, dass auf dem euroasiatischen Schauplatz drei Einheiten (eine EU mit militärischer Komponente, eine NATO und Russland) ohne direkte Koordination existieren könnten.

Trotz solcher Erfolge und Perspektiven äußern sich die Russen dennoch skeptisch über Zweck und Absicht der Antiterrorcoalition. Und sie zweifeln auch, ob die USA eine derart facettenreiche Krise überhaupt beherrschen können.

Während der Präsident der USA in Cowboymanier den Patriotismus seines Volkes anzufachen versucht, das noch nie einen Krieg auf eigenem Boden erlebt hat, wendet sich der russische Präsident an ein Land, in dem noch jede Generation unter einem Krieg mit Zerstörungen und Massakern gelitten hat, bis hin zum aktuellen Tschetschenienkrieg. Auch muss Moskau hinsichtlich der USA auf Richtungswechsel der Regierungen und auf Wandlungen der öffentlichen Meinung eingestellt sein, etwa wenn ihre Soldaten aus Asien oder sonst woher in Särgen nach Hause zurückkehren. Sollten die Angriffe auf Afghanistan erfolglos oder sollten die Operationen auf halbem Wege stecken bleiben, womit der politische Schaden vervielfacht, das Problem jedoch nicht „erledigt“ wäre, kann sich Russland, anders als Washington, nicht auf die andere Seite des Atlantiks zurückziehen.

Die Interessen Moskaus verlangen zwar, dass die Taliban – noch vordringlicher als Bin Laden – ausgeschaltet werden, um an seiner Südflanke ein verlässliches, stabiles und nach Möglichkeit demokratisch ge-

führtes Land zu haben. Aber man befürchtet, Washington könne seinen „Kreuzzug“ auf andere Staaten wie Irak, Syrien, Libyen oder Libanon ausdehnen, wo weitere Stützpunkte des internationalen Terrorismus vermutet werden.

Deshalb gibt es auch Vorbehalte, was die Nutzung des russischen Luftraums betrifft, und sei es nur für humanitäre Aktionen. Wenn die russischen Militärs von Anfang an dagegen waren, so nicht nur aus Starrköpfigkeit, sondern weil sie befürchten, Wladimir Putin könnte, wenn die Überflugerlaubnis nicht auf die zivile Luftfahrt beschränkt bleibt, die technische Komplexität und die Kosten der Aufgabe unterschätzen, die Radarausrüstungen von NATO und GUS kompatibel zu machen.

Ein noch heikleres Problem stellt die Rolle der mittelasiatischen Staaten dar. Putin bestand zwar darauf, dass die zentralasiatischen Staatschefs „im Rahmen der GUS handeln und für Konsultationen und Entscheidungen die GUS-Institutionen benutzen“, aber am 24. September boten die Präsidenten der fünf ehemaligen Sowjetrepubliken den USA ihre bilaterale Unterstützung an. Am 5. Oktober flogen 1000 US-Soldaten nach Usbekistan, womit für Washington gleich zwei Wünsche erfüllt waren: Man etablierte sich als regionale Führungsmacht und Gegengewicht zu Moskau, und man konnte, unter dem Mantel der Antiterrorcoalition, endlich in Zentralasien Fuß fassen.

Moskau und die Nachbarländer von Usbekistan fürchten nun, der Traum könnte in einen Alptraum umkippen. Mit dem Aufbau von Aufklärungs- und Ab-

hörzentren an der Schwelle zu Russland, zum Iran und zu China bringen die Amerikaner das ohnehin empfindliche geostrategische Gleichgewicht einer ganzen Region ins Wanken. Die langfristige Stationierung amerikanischer Truppen in instabilen Ländern wie Usbekistan oder Tadschikistan birgt die Gefahr einer Radikalisierung der Bevölkerung. So wie es etwa in Saudi-Arabien passiert, wo seit dem Golfkrieg 7000 US-Soldaten stationiert sind.

Bislang hält man in Moskau offiziell daran fest, dass die Vereinigten Staaten den Bogen nicht überspannen wollen. Man beruft sich darauf, dass sowohl Präsident Bush als auch NATO-Generalsekretär Robertson versichert haben, es würden keine Truppen *langfristig* in Mittelasien stationiert. Und die mittelasiatischen Staaten und Russland seien ohnehin durch viele Verträge (auf den Gebieten von Wirtschaft, Militär, Zoll und Terrorbekämpfung) miteinander verbunden, die keine Seite zu torpedieren gedenke.

Hinter dem prinzipiellen Einverständnis mit der russischen Beteiligung an der Koalition gegen den Terrorismus steckt allerdings die Auffassung, man habe unmöglich auf halbem Wege stehen bleiben können. Gleichzeitig glauben viele Russen – wie Irina Swjagelskaja, Orientalistin und Leiterin des Instituts für strategische Forschungen in Moskau, vermerkt –, dass der Geist des Kalten Krieges ungeachtet aller öffentlichen Verlautbarungen fortbesteht. Zur Bestätigung brauchen sie nur einen Blick in die Leitartikel zahlreicher amerikanischer Presseorgane zu

werfen, die schon wieder die fixe Idee pflegen, man müsse jede Gelegenheit nutzen, um den russischen Einfluss im postsowjetischen Raum einzudämmen. Und in der Europäischen Union ist die Klischeevorstellung verbreitet, dass die Unabhängigkeit der neu entstandenen Staaten „verteidigt“ werden müsse, während es häufig doch nur darum geht, zumal in wirtschaftlicher Hinsicht, die eine Abhängigkeit durch eine andere abzulösen.

Wer nicht glauben mag, zu welchen groben Schnitzern das alte Prinzip, wonach „die Feinde meines Feindes meine Freunde“ sind, den Westen zu verführen vermag, braucht nicht

durch Mittelasien. Sie ermunterten ihre verblüfften kirgisischen Amtskollegen, beherzt dem afghanischen Vorbild zu folgen und jeden Zentimeter des eigenen Territoriums zu verteidigen. Nach Meinung dieser Senatoren muss Kirgisistan einen Kampf gegen Russland führen, der dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg gegen die Kolonialherrschaft der Briten ähnelt. (5)

Dass Russland in der Angst lebt, seine Interessen könnten geopfert werden, sobald sie mit denen des Westens nicht mehr zusammenfallen, hat auch mit dem Trauma des Jugoslawienkonflikts zu tun. Moskau möchte nicht zum Mittel einer Ex-und-hopp-Diplomatie wer-

auswärtige Politik und Verteidigung: „Wenn Russland sich dem internationalen Kampf gegen den Terrorismus anschließt, muss es den Westen unterstützen, was zwangsläufig eine Störung seiner traditionellen Beziehungen zu den arabischen Staaten nach sich zieht; hält es sich aber heraus, so vermeidet es den Zwist mit den arabischen Staaten, gerät aber unweigerlich mit dem Westen in Konflikt.“ (6) Und die russische Tageszeitung *Wremja Nowostej* vermutet, ein Bündnis mit dem Westen werde „zusammen mit Bin Laden sterben.“ (7)

Trotz alledem hat Russland den ihm zugespielten Ball aufgefangen. Seine Diplomaten haben sofort begriffen, dass die Ereignisse des 11. September die Vorboten einer geopolitischen Neuordnung sind. Geplagt von dem Albtraum, Moskau könnte diese Wende verpassen, schimpften sie über das Zaudern des russischen Außenministers und die widersprüchlichen Verlautbarungen von Militärs und zivilen Entscheidungsträgern. Doch die Haltung des Präsidenten hat sie rasch beruhigt, vor allem die Entscheidung, seine Rede vor dem deutschen Bundestag komplett umzuschreiben. Eine breite Mehrheit der Bevölkerung unterstützt diese Option, und die Medien verhielten sich ungewöhnlich professionell, indem sie darauf verzichteten, den Präsidenten um jeden Preis zu attackieren.

Die innerrussischen Schwierigkeiten, die Komplexität der Aufgabe und die oben erwähnten Vorbehalte machen deutlich, weshalb Russland mit Nachdruck darauf besteht, die Antiterrorkoalition zur Sicherung seiner künftigen Posi-

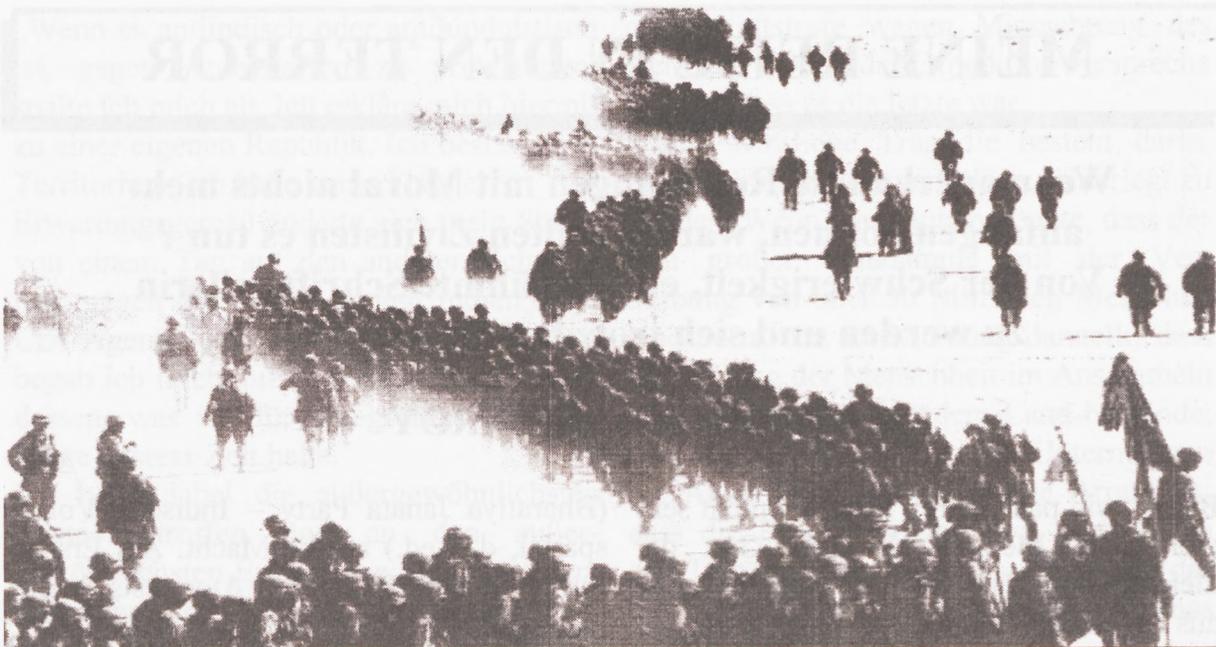


Afghanische Flüchtlingsfamilie

Foto: REUTERS

einmal auf die westliche Unterstützung für die afghanischen Mudschaheddin zu verweisen oder auf die Förderung ausländischer religiöser Gruppierungen in muslimischen Gebieten der ehemaligen Sowjetunion im Namen des „Pluralismus“. Es gibt ein jüngeres Beispiel. Eine Woche vor den Attentaten reiste eine Gruppe von US-Senatoren

den – kaum benutzt, schon entsorgt. Sobald Washington seine Vorteile abgesahnt hat, so lautet die Befürchtung in Moskau, könnte man mit leeren Händen dastehen: Mit den alten Verbündeten hat man es womöglich verdorben, und die neuen können einen wieder fallen lassen. Das Dilemma schildert Andrej Fjodorow, einer der Leiter des einflussreichen Rates für



US-Division beim Golfkrieg am 4.11.1990 in der saudischen Wüste

Foto: AP

tion auf der politischen Weltbühne zu „instrumentalisieren“. Was den internationalen Terrorismus betrifft, so sieht Russland in ihm auch eine Krankheit, die durch eine schrankenlose Globalisierung verursacht ist. Und dieser Globalisierung möchte es Regeln auferlegen. Bemerkenswerterweise hört man seit den Attentaten das Wort „Globalisierung“ häufiger als die Hinweise auf jene „multipolare Welt“, die gestern noch die russischen Überlegungen dominierten.

Gewiss wird der Kreml weiter auf Sicht steuern und sich gegenüber der aufs Ganze gehenden Politik der USA als Stimme der Vernunft und der Mäßigung profilieren. Diese Haltung wird Russland allerdings auch aufgezwungen durch seine relative Schwäche und seine Geschichte, durch die psychische Verfasstheit seiner Bevölkerung wie auch durch seine komplexen Beziehungen zur arabischen Welt, die keinesfalls der neuen Koalition zum Opfer fallen sollen. Seit den ersten

Bombenabwürfen am 7. Oktober braucht der russische Präsident nichts anderes zu tun, als seine Unterstützung des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus zu bekräftigen und abzuwarten, wie sich dieser Kampf entwickelt.

(Nina Baschkatow ist Journalistin bei der European Press Agency, Brüssel und Moskau. Dieser Artikel wurde zuerst abgedruckt in: *LE MONDE diplomatique*, November 2001)

Anmerkungen:

(1) Austausch geheimdienstlicher Erkenntnisse, Freigabe des russischen Luftraums für Maschinen mit Hilfsgütern, Öffnung zentralasiatischer Militärflughäfen, Teilnahme an internationalen Such- und Rettungseinsätzen in Afghanistan, verstärkte Zusammenarbeit und Waffenlieferungen an die von Exilpräsident Burha-

nuddin Rabbani angeführte Nordallianz.

- (2) Gegenüber einem Korrespondenten des russischen Fernsehsenders ORT erklärten Kämpfer der Nordallianz am 25. September 2001: „Ausländische Truppen, gleichgültig welche, die auf das von uns kontrollierte Gebiet vordringen, werden mit Kugeln empfangen, sofern sie nicht den Vereinten Nationen unterstehen.“
- (3) Siehe zum Beispiel Juri Woronzow, ehemaliger Botschafter in Kabul und Washington, in *Wremja Nowostej*, Moskau, 27. September 2001
- (4) *Nesawissimaja Gaseta*, Moskau, 4. Oktober 2001
- (5) *Delo No*, Bischkek, 5. September 2001
- (6) *Nesawissimaja Gaseta*, 14. September 2001
- (7) *Wremja Nowostej*, 14. September 2001

MEINE REISE IN DEN TERROR

**Wenn anerkannte Regierungen mit Moral nichts mehr anfangen können, warum sollten Zivilisten es tun ?
Von der Schwierigkeit, eine berühmte Schriftstellerin zu werden und sich trotzdem treu zu bleiben**

Von ARUNDAHTY ROY

Bis vor ein paar Jahren hatte ich nicht sehr viel Geld. Mein Buch „Der Gott der kleinen Leute“ änderte das. Wenn ich heute aus meinem Fenster Delhi betrachte, verändert sich die Stadt vor meinen Augen. Die Autos werden größer, die Tore werden höher, und die Wächter der Reichen in ihren Häusern kriegen Gewehre. Währenddessen werden die Armen in die Ritzen der Stadt wie Läuse gequetscht.

Ich sehe zu, wie mein Buch sich verkauft und mein Bankkonto anschwillt. Mir war, als hätte ich eine Pipeline angezapft, die die Reichen mit dem Reichtum der Welt versorgt und mich mit einem Geldstrom überschwemmt, der mich mit seiner Schnelligkeit und Stärke verletzt.

Mir war, als sei jedes Gefühl in meinem Buch in Silberlingen eingewechselt worden und als ob ich eine kleine Silberfigur mit einem kalten Silberherz werden würde, wenn ich nicht aufpasse.

Ich sehe jetzt klar, wie in der Welt von heute die Reichen mühelos reicher und die Armen ärmer werden. Ich sehe, wie leicht es für das oberste Prozent der Welt ist, so viel Einkommen zu haben wie die unteren 57 Prozent.

Ich will etwas dazu sagen, wie ich dazu kam, mich mit den Dingen zu beschäftigen, die mich heute umtreiben.

1998, kurz nachdem ich den Booker Prize gewann, kam in Indien eine neue Koalitionsregierung unter Führung der rechtsgerichteten hindu-chauvinistischen BJP

(Bharatiya Janata Party – Indische Volkspartei, d. Red.) an die Macht. Als Erstes führte sie eine Reihe von Atomtests durch und erklärte, Indien sei jetzt Atommacht. Unweigerlich antwortete Pakistan wenige Tage später mit eigenen Tests. Innerhalb eines Jahres waren Indien und Pakistan im Krieg. Heute ist die Aussicht auf einen Atomkrieg realer denn je. Die Atomtests führen zu einer nationalistischen Rhetorik, die einem kalt den Rücken herunterläuft, zu borniertem religiösen Fundamentalismus der schlimmsten Sorte. In Indien war es Hindu-Fundamentalismus, in Pakistan islamischer Fundamentalismus. Für die von uns, die täglich mit dem Gespenst religiöser Borniertheit leben, ist es sonnenklar, dass derselbe tödliche Motor von Hass und Intoleranz religiöse Eiferer antreibt. Als Frau fürchte ich nichts mehr, als unter einem fundamentalistischen religiösen Regime zu leben.

Damals erkannte ich, dass nichts zu sagen ein genauso politischer Akt ist wie etwas zu sagen. Ich schrieb meine erste politische Schrift „The End of Imagination“ – ein Protest gegen Atomwaffen.

Ich schrieb es als Schriftstellerin, als Mensch, nicht als Strategin oder Analytikerin. Ich habe eine moralische Position gegen Massenvernichtungswaffen. Ich glaube, dass ihr Besitz und die Drohung ihres Einsatzes ein terroristischer Akt von Regierungen gegen die Menschen der Welt sind. Ich schrieb:

„Wenn es antiindisch oder antihinduistisch ist, gegen Atomwaffen zu protestieren, spalte ich mich ab. Ich erkläre mich hiermit zu einer eigenen Republik. Ich besitze kein Territorium, ich habe keine Flagge.“

Erwartungsgemäß änderte sich mein Status von einem Tag auf den anderen. Ich war jetzt gegen die Nation, gegen Indien, eine CIA-Agentin und so weiter. Unweigerlich begab ich mich auf eine Reise in das Herz dessen, was ich für die größte politische Frage unserer Zeit halte.

Ich habe dabei die außergewöhnlichsten Leute getroffen und an den außergewöhnlichsten Ereignissen teilgenommen. Ich habe über Fragen der Entwicklung geschrieben, über die unaufhaltsame Tragödie der großen Staudämme, über die Politik der Entwicklungshilfe, über die Auswirkungen der Globalisierung von Firmen und der Privatisierung lebensnotwendiger Infrastruktur wie Wasser- und Stromversorgung auf die Armen. Meine letzten Texte sind zwei Essays, „Wut ist der Schlüssel“ und „Krieg ist Frieden“ – Betrachtungen über die Terroranschläge vom 11. September und den Krieg gegen Afghanistan.

Ich gehöre keiner politischen Bewegung an. Ich starte jede Untersuchung mit so wenig Gepäck wie möglich. Jede Untersuchung beginnt mit Neugier auf etwas, was mir als Ungerechtigkeit oder Menschenrechtsverletzung erscheint. Ich strebe nicht an, eine Ideologin zu werden. Jeder meiner Essays wurde aus mir herausgepresst, vielleicht weil ich genetisch programmiert bin zu schreiben, meine Meinung auszudrücken, auch wenn ich genau weiß, dass es klüger und für mich vorteilhafter wäre, den Mund zu halten.

Meistens merke ich nach Abschluss meiner Untersuchung, dass meine Ansicht sich nicht mit der etablierten Weltsicht deckt. Also habe ich gelernt, mich jedes Mal auf Beschimpfungen und Belächelungen vorzubereiten und jetzt sogar auf die Aussicht

einer Haftstrafe wegen Missachtung des Gerichts. Nach jeder Expedition verspreche ich mir, dass es die letzte war.

Meine wirkliche Tragödie besteht darin, dass meine Rettung darin läge, widerlegt zu werden. Wenn ich glauben könnte, dass der Bau großer Staudämme mit der Vertreibung von über 30 Millionen Menschen eine Form von Entwicklung darstellt; dass die Rettung der Menschheit im Ansammeln von Atomwaffen in jedem Land bestünde; dass die Globalisierung der Unternehmen die Antwort auf die weltweite Armut ist; dass die Bombardierung von Afghanistan den Terrorismus auslöscht – ich würde das Geld nehmen, ein Haus auf den Bahamas kaufen und Windsurfen lernen.

Mir ist durchaus bewusst, dass viele Menschen überhaupt nicht meiner Meinung sind. Dieser Preis wurde viele Monate vor den schrecklichen Ereignissen des 11. September und der nachfolgenden Polarisierung der Weltöffentlichkeit angekündigt. Ich bot der Akademie an, mich von dem Preis zurückzuziehen. Mein Angebot wurde abgelehnt.

Vor ein paar Tagen gab es in Delhi ein hochrangiges Treffen zum Krieg in Afghanistan. Ein ehemaliger Außenminister hatte es einberufen, und Mitglieder des diplomatischen Dienstes, der Armee, der Polizei und des diplomatischen Dienstes nahmen daran teil. Ich war nicht da, aber Teilnehmer haben mir davon erzählt. Der ehemalige Außenminister kritisierte den US-Krieg gegen Afghanistan aus strategischen Gründen. Er meinte aber, die Zeit sei für Indien gekommen, Pakistan als Antwort auf seinen grenzüberschreitenden Terrorismus in Kaschmir anzugreifen. Nach seiner Rede fragte ihn ein Zuhörer, was er von Arundhati Roys Vorschlag hält, dass jetzt die Zeit für Ehrlichkeit und Zurückhaltung gekommen sei, nicht für Krieg. Er antwortete: „Jemand sollte Arundhati Roy sagen, dass schöne Worte keine Gedanken ersetzen. Und dass in der Diplomatie kein Platz

für Moral ist.“

Jemand anders fragte ihn nach den Risiken der Eskalation eines Krieges gegen Pakistan in eine atomare Konfrontation, über die Möglichkeit, dass Delhi oder Bombay ausstrahlt werden könnten. Seine Antwort war: Leute, die denken, dass sie einer großen Zivilisation entstammen, sollten bereit sein zu leiden.

Da haben wir's. Hegemonie ist wichtiger als Überleben. Aber wenn anerkannte Regierungen mit Moral nichts anfangen können, warum sollten Zivilisten es tun? Warum sollten die Taliban es tun? Der Kampf für Toleranz, gegen Hegemonie jeglicher Art, religiöse, militärische, ökonomische, kulturelle – das ist heute die größte Herausforderung der Menschheit.

Ich möchte kurz über Terrorismus reden. Terrorismus ist das Symptom und nicht die Krankheit. Ich glaube, jede Regierung, die gegen den Terrorismus ist, muss das Prinzip der Gewaltfreiheit hoch halten. Sie muss vernünftigen, gewaltlosen Widerspruch respektieren. Sie muss zeigen, dass sie Frühwarnungen von Leiden wahrnimmt.

Wir können den Terrorismus nicht bekämpfen, indem wir uns an ihm beteiligen. Auf einen terroristischen Akt mit einem kriegerischen Akt zu antworten, bedeutet in einer seltsamen Weise, ihn zu ehren. Ein Journalist, der vor kurzem Usama Bin Laden interviewte, berichtete, er sei glücklich, gesund, wohlgenährt. Er wartet darauf, getötet zu werden, Märtyrer zu werden. Er wartet darauf, angebetet zu werden.

Hätte er die Folgen der Angriffe vom 11. September selbst geplant – er hätte es nicht besser machen können. Der schreckliche Preis, den das Volk Afghanistans zahlt, scheint ihn wenig zu kümmern. Aber er muss uns kümmern – wir, die wir keine Terroristen sind.

Ich widme diesen Preis allen Namenlosen und Gesichtslosen, aus denen gewaltfreie

Widerstandsbewegungen sich in der ganzen Welt zusammensetzen. Ich bin mit mehreren von ihnen in Indien in Kontakt. Dieses Geld wird sie unterstützen, so unauffällig wie möglich. Aber vor allem soll es ihre Hartnäckigkeit honorieren und ihre Weigerung, selbst angesichts extremer Provokationen zu den Waffen zu greifen.

Ich bin nicht gegen den Krieg in Afghanistan, weil ich vom Wesen her antiamerikanisch oder für die Taliban bin, sondern weil ich grundsätzlich gegen Gewalt bin. Ich glaube nicht, dass Krieg Terrorismus auslöschen kann. Ich glaube, er wird das Gegenteil bewirken. Ich bin gegen den Krieg, weil Millionen normaler Menschen, die keine Terroristen und keine Fundamentalisten sind, sondern die seit zwanzig Jahren einen brutalen Krieg ausgehalten haben, in der bitteren Winterkälte der afghanischen Berge zu verhungern drohen.

Wie lobenswert die Ziele des Westens sein mögen – das Ergebnis könnte ein Genozid sein. Das wissen wir. Wenn wir später die Toten zählen, können wir nicht so tun, als seien das Kollateralschäden. Der amerikanische Präsident hat gesagt: Ihr seid entweder mit uns oder mit den Terroristen. Dieses Paradigma akzeptiere ich nicht. Ich glaube, dass die ganze Schönheit der menschlichen Zivilisation, unsere Kunst, unsere Musik, unsere Literatur, sich solcher fundamentalistischer Positionen entzieht.

(Dies ist eine leicht gekürzte Version der Rede, die Arundhati Roy am 12. November in Paris bei der Entgegennahme des Grand Prix 2001 der Academie Universelle des Cultures hielt. Sie ist die zweite Preisträgerin dieses mit rund 150 000 DM dotierten Preises der von Eli Wiesel gegründeten Akademie, mit dem diese den Kampf gegen Intoleranz, Rassismus und Diskriminierung ehrt.

**(Zuerst abgedruckt in:
taz vom 19. November 2001)**

JE MEHR ANALPHABETISMUS, DESTO MEHR BRUTALITÄT

Von Azimi Najibullah*

Bis 1978 war Afghanistan ein nicht besonders entwickeltes, aber ruhiges Land. Seit seiner Unabhängigkeit (1919) haben die afghanischen Könige und später unterschiedliche Regierungen versucht, die afghanischen Generationen zum Lernen zu bringen, aber leider ist das jedes Mal gescheitert.

Jetzt leidet die afghanische Bevölkerung seit über 20 Jahren unter dem Bürgerkrieg und der Einmischung anderer Länder in die innenpolitische Lage dieses Landes.

Was in den letzten 10 Jahren passierte, kann man mit einem kurzen Rückblick beschreiben:

Mit der Machtübernahme der Mudjahedin (der kleinen Brüder der Taliban) 1992 wurde das Schulsystem in Afghanistan eingeschränkt. Es wurden nur noch die Fächer unterrichtet, die man für die eigene Macht und ideologische Ziele für wichtig hielt.

Die Mudjahedin ließen die Bücher für den Schulunterricht in Pakistan drucken, in denen man die Waffen darstellte und zeigte, dass Krieg angeblich die einzige Lösung für alle Probleme sei.

Dann haben die Mudjahedin mit ihren gesetzwidrigen Handlungen und Kriegsoperationen immer mehr junge Afghanen auf das Schlachtfeld gebracht und die afghanische Gesellschaft für 50 Jahre zurückgeworfen.

Langhaarige, langbärtige, mit merkwürdiger Kleidung ausgestaffierte Mudjahedin wurden damals von den Amerikanern aus Sympathie „Freiheitskämpfer“ und „Muslimische Rebellen“ genannt. Das hat zu ihrer Zeit die langsame, aber stabile afghanische Entwicklung zum Zerfall gebracht. Ihr einziger Erfolg war, dass sie ge-

gen die Russen gekämpft haben.

Nach der Bildung einer Regierung (1992) hatten die Mudjahedin kein realistisches Programm, welches die weitere afghanische Regierung dargestellt hätte, und konnten der afghanischen Bevölkerung keine stabile Zukunft geben.

Als die Taliban – mit schrecklich schmutzigen Gesichtern wie Urmenschen aussehend – 1996 mit finanzieller und logistischer Unterstützung Pakistans und einiger arabischer Länder an die Macht kamen, wurden die Schulen vollständig geschlossen. Von nun an blieb die afghanische Bevölkerung in völliger Dunkelheit.

Aber die Amerikaner und viele europäische Staaten dachten, dass die Taliban nur „Koranschüler“ und „Glaubenskrieger“ sind.

Damals hätte niemand gedacht, dass diese Analphabeten – mit ihren schwarzen Turbanen – zudem grausame Mörder sind.

Wenn wir heute Reportagen und Archivbilder von Privatpersonen im Fernsehen sehen, bleiben keine Zweifel, dass die Taliban frauenfeindliche Elemente sind. Sie schießen ohne Rücksicht auf Köpfe verschleierter Frauen.

Heute sind die Taliban wie mittelalterliche Fanatiker, die unter dem Namen „Gotteskrieger“ Menschenmassen durch den ununterbrochenen Krieg vernichten.

Die Taliban benutzen den Vorwand „islamische Regeln“ und „islamische Gastfreundschaft“, um den raffinierten Strippenzieher und weltweiten Terroristen Osama Bin Laden nicht auszuliefern. Sie lügen vor unseren Augen und schwitzen unter ihren schwarzen Turbanen. Man kann mit Sicherheit sagen, dass diese bei-



Afghanische Frauen wollen Freiheit

Foto: AP

den Bewegungen, Mudjahedin und Taliban, religiöse, dunkle, fundamentalistische Gruppierungen sind. Sie sind gegen jede demokratische Zukunft und zivilisierte Gesellschaft.

Sie sind voller Hass auf westliche Kultur und rechtsstaatliche Verhältnisse.

Sie haben vieles gemeinsam: Sie wollen Afghanistan in einen islamischen Staat verwandeln. Sie wollen die Verwirklichung des Schariath, des islamischen Rechts in Afghanistan. Sie wollen die Justiz, das politische System, die Gesellschaft, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und die Menschenrechte unter islamische Regelungen bringen.

Die beiden Gruppen sind radikal-islamistische Fundamentalisten und weltweite Terroristen. Das alles ist weit entfernt von heutiger Zivilisation im 21. Jahrhundert.

Für beide Bewegungen ist die Einführung von Demokratie ein Tabu. Gleichzeitig ist ihnen das Wort Parlamentarismus fremd.

Bereitschaft für die Verständigung mit anderen Menschen, Toleranz zwischen unterschiedlichen Ideologien ist für sie ohne Bedeutung.

Beiden bedeutet die Macht mehr als die Demokratie und die Achtung der Menschenrechte.

Azimi Najibullah (* seit 1998 Vorsitzender des Multikulturellen Forum Lünen, Lehrer für Geschichte und Gesellschaftskunde, 1994 Flucht aus Afghanistan und Asylsuchender in Deutschland, 1989 – 1992 Instrukteur in der Abteilung für internationale Beziehungen beim ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, geboren am 21. Februar 1961 in Mazar-Sharif, Afghanistan)

NÄCHSTES MAL IN BOTTROP

Die rechte Szene in NRW will wachsen. Kritik am Überwachungsstaat oder am Abbau der Steinkohlesubventionen dient ebenso der Propaganda wie Tipps zur Kindererziehung. Verfassungsschützer fürchten die Verbrüderung mit islamischen Fanatikern.

VON NADIA LEIHS

Eine kurze Ankündigung am Ende des Neonazi-Aufmarsches vom 17.11. in Hagen überraschte. Am 15. Dezember, sagte der süddeutsche Rechtsradikale Hartmut Wostupatsch, sollten die „Kameraden“ nach Bottrop kommen. Die Polizei bestätigt, dass ein Aufmarsch unter dem Motto „Für den Erhalt der nationalen Energieversorgung – gegen den Abbau der Montanindustrie im Ruhrgebiet“ angemeldet ist.

Es gehört zur Taktik der Rechten, Sympathisanten durch den Protest gegen unliebsame Themen zu gewinnen. Anfang der 70er Jahre mischten sie sich in Bochum-Wattenscheid unter empörte Bürger, die gegen die Eingemeindung ihres Stadtteils protestierten. In Herne sollen sich Rechte am Protest gegen die forensische Klinik beteiligt haben. Das Motto des Hagener Aufmarschs „Völkische Gemeinschaft gegen Überwachungsstaat“ passt in dieses System. Die zur Verstärkung geladene Prominenz, Christian Worch aus Hamburg und der gebürtige Hannoveraner Steffen Hupka, polemisierten gegen die Innen- und Außenpolitik Deutschlands und die Unterstützung des „US-Imperialismus“ durch die Bundesregierung.

Während in Antifa-Internetforen das „absurde Motto“ verhöhnt wird, ist dem NRW-Verfassungsschutz nicht zum Lachen zumute. Die nordrhein-westfälischen Verfassungsschützer erwarten, dass Teile der rechten Szene die Anschläge für ihre ausländerfeindliche Hetze benutzen und vor diesem Hintergrund erheblich gewaltbereiter sind. Vom anderen Teil fürchten die Experten eine Verbrüderung mit islamischen Terroristen.

Der „absolute Erzfeind USA“ biete eine gemeinsame Basis, ein einigendes Ziel.

Während der NPD-Anwalt Horst Mahler einige Tage nach dem 11. September die Anschläge in New York und Washington begrüßte, soll es in der NRW-Szene noch keine Zusammenarbeit geben. In Hagen waren zwar Palästinensertücher über Bomberjacken zu sehen, dem Ruf nach „Solidarität mit Afghanistan“ wollten sich die „Glatzen“ aber nicht anschließen. Das mag an der tief verwurzelten Ausländerfeindlichkeit liegen, die nach Einschätzung des Verfassungsschutzes die Kooperation der rechten Szene mit fanatischen Islamisten auch künftig behindern wird. Ein anderer Grund wird sein, dass in NRW rechtsradikale Denker und Strategen Mangelware sind.

Zudem scheinen sich einige alte Kader zurückzuziehen. Schon vor Monaten berichtete der polizeiliche Staatsschutz in Dortmund, dass der Borussenfront-Gründer Siegfried Borchardt, bekannt als SS-Siggi, nur noch im Hintergrund arbeiten wolle. In Hagen fehlte Borchardt. Seine Dortmunder „Kameraden“ traten ebenfalls nicht offen auf. Selbst die Internetpräsenz des „Nationalen Widerstand Ruhr“ ist nicht mehr zu erreichen. Aus „ermittlungstaktischen Gründen“ wollte der Dortmunder Staatsschutz sich zur aktuellen Situation nicht äußern.

Die rechte Propaganda-Maschine läuft wie gewohnt. Bei Schulungen, Konzerten und in Kneipen pflegen die „Kameraden“ ihre Kontakte. Demonstrationen dienen dem inneren Zusammenhalt der meist losen Gruppen. Geworben werden neue Mitstreiter über persönliche Kontakte, die nicht mehr nur am Rande von Demonstrationen und Konzerten gemacht werden. Nach Polizeiberichten versucht die NPD im Osten Deutschlands, ihr

Klientel bei von ihr veranstalteten Kinderfesten anzusprechen.

An eine ähnliche Zielgruppe richtet sich die vermutlich von Essen aus betriebene Homepage des „Magazin aus Frauenhand – Triskele“. Die Seiten kommen konservativ und hausbacken daher. Unter bunten Zeichnungen von pausbäckigen Kindern stehen Kinderreime und -spiele, eine Seite weiter finden sich Rezepte zum Einkochen von Obst. Die „Frau und Mutter“ wird bei Triskele auch zu Demonstrationen aufgerufen und bemüht sachlich über verschiedene Religionen informiert. „Denn nur wer den Feind kennt, kann ihn bekämpfen.“

Das Internet gewinnt nach Ansicht von Experten weiter Bedeutung für Rechtsradikale. Die Behörden sind machtlos gegen Seiten, von denen Hakenkreuze in bester Qualität ausgedruckt oder Adolf Hitlers „Mein Kampf“ heruntergeladen werden können. Die Zahl der Seiten soll sich in den vergangenen vier Jahren verzehnfacht haben. Der NRW-Verfassungsschutz kennt 320 deutschsprachige, rechtsgerichtete Internetseiten. Das Bundeskriminalamt geht von über 1000 aus.

Das größte Problem ist, dass rund 90 Prozent der Seiten im Ausland angemeldet werden. Die Bezirksregierung Düsseldorf versucht landesweit, rechtsextreme Internetseiten außer Betrieb zu setzen. Doch der Aufforderung, den Zugang zu rechtsradikalen Inhalten zu sperren, kam keiner der 56 nordrhein-westfälischen Zugangsanbieter wie aol.com oder t.online.de nach (*). Sie verwiesen auf die unklare Rechtslage und technische Probleme. Die Rechten kennen diese Achillesferse. Der Siegener Bärensturm hat seine Seiten dreimal gespiegelt, um erreichbar zu bleiben, falls eine der Seiten abgeschaltet wird. Die „Nationale Jugendbewegung Herdecke“ bat am 19.11. auf ihren Seiten um finanzielle Unterstützung, um ihre Internetpräsenz von einem amerikanischen Server aus ins Netz zu stellen. Am 20.11. hatte sie die begehrte Adresse.

(* Inzwischen haben 12 Zugangsanbieter rechtsradikale Seiten rausgeworfen, d. Red.)

(Aus: nrw tazruhr vom 22.11.2001)



Neonazis vor ihrem Marsch in Hagen

Foto: LEIHS

Attatro

Buchladen GmbH

Herner Str. 16
45657 Recklinghausen

Tel. 02361/17002
Fax 02361/27040

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30, Sa 10.00-15.00



Partner der
Büchergilde

BUCHLADEN

TARANTA BABU



• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
• SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
• SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN-PSYCHOLOGIE-
• ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •
• MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00
Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstag Ruhetag)
44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

SONNENBLUME

Naturkost . Naturwaren

Springstr. 2, 45657 Recklinghausen
am Hauptbahnhof
Tel.: 02361 - 13 9 27, Fax: 18 42 24

Öffnungszeiten: Mo - Fr 9.00 - 18.30 Uhr
Sa 8.30 - 13.30 Uhr

- Lieferservice ab 50,00 DM Bestellwert frei Haus
- Party- und Veranstaltungsservice
- Vollwertbuffets
- Getränke für Partys und Veranstaltungen auf Kommission "frei Haus"
- Große Auswahl an ökologischen Weinen
- Regelmäßige Weinproben
- individuelle Beratung zur Vollwerternährung und anderen Ernährungsfragen
- Frisches regionales Obst und Gemüse aus kontrolliert biologischem Anbau
- Umfangreiches vegetarisches und glutenfreies Sortiment




Schallplattenversand

Matthias Henk
Postfach 11 04 47
26207 Bremen

Der Antifa Platten Versand



Bei uns erhältlich:
ANTIFA CD'S aus Holland:
X-TREM mit Smut, Roggel,
No Men, Odi Odi u.v.a. (mit
Aufkleber, Aufnahme) CD DM 22,00
Sampler: Gramschap 1978-1986
Door Mekaar, Zowiso, The Ex,
Baader Pop Gruppe, Drake,
Kess u.v.a. DCD DM 33,00

Erhältlich per Post oder:
Buch-/CD-Laden: "Hamburger Allee",
Hamburger Allee 35, 60486
Frankfurt/Main oder
Boekhandel Rosa,
Folkingsedwardsstraat 16A, 9701 JA
Groningen-Niederlande
Bestell den Katalog!

Lieferung per
Vorausrechnung + Porto
Tel. & Fax: 0421-4988335
E-mail: JUMPU@t-online.de

Theater Kunst

BALANCE

Jonglieren Artistik

Fahrräder

Bochum 12051/52 Kortumstr. 5

Öffnungszeiten: 10^h-18^h
Samstage 10^h-14^h & langer Samstag

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH

Hattinger Straße 188 44795 Bochum

Tel. 0234/ 450590
FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau
BIOLAND-Getreide
Eigene Mühle
Informationen
Betrieb in Selbstverwaltung



Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

TERRE DES FEMMES

Buchkalender für Frauen 2002

Planerin



- A5-Format, jede Woche im Überblick
- Herausnehmbares Adressbuch
- Recyclingpapier und Wire-O-Bindung
- Praktischer Schutzumschlag
- Texte und Fotos über engagierte Frauen und Projekte
- Anhang mit Adressen, Notizblättern, Terminen
- DM 23,50/€ 12, ÖS 180, SFR 23,50
- Erscheint im August 2001 · ISBN 3-9806165-5-X

TERRE DES FEMMES E.V. Postfach 2565, 72015 Tübingen
Tel. 070 71-79 73-0, Fax 070 71-79 73-22

MENSCHENRECHTE FÜR DIE FRAU

BERT BRECHT

INTERVENTION

**An diesem Morgen, vor dem
Geschützstand
Erschienen uns neben dem
erschossenen Baum
Drei alte Frauen. Sie standen
Einen Meter über dem Erdboden
in der Dämmerung
Und sagten: Schießt nicht !
Dort drüben
Liegen unsere Söhne. Gebt lieber
Eure Socken her,
dass wir sie stopfen.
Nehmt doch die Stahlhelme ab,
damit wir sehen,
Ob eure Ohren rein sind. Und eine
Hatte ein Weißbrot gebracht
und verlangte
Ein Messer von uns, und da gerade
Begann die Schlacht.**